

INFOPERU91

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

Inhaltsverzeichnis

1. [Editorial No 91 \(Hildegard Willer\)](#)
2. [Ist die Demokratie noch eine Demokratie? \(Annette Brox\)](#)
3. [Wirtschaft in Rezession? \(Pilar Arroyo\)](#)
4. [Proteste: Dina Boluarte zu Besuch in Deutschland \(Annette Brox\)](#)
5. [Fotostrecke: Proteste gegen Besuch von Dina Boluarte](#)
6. [Kurz gemeldet Oktober 2023](#)
7. [Interview mit Ernesto de la Jara \(Anna Kohte\)](#)
8. [Die Töchter der Micaela Bastidas \(Norma Driever\)](#)
9. [„Wir müssen Schokolade als Kunstwerk sehen“ \(Hildegard Willer\)](#)
10. [Fotogalerie: Zu Besuch in Perus reichster Gemeinde](#)
11. [Das Leben ist kein langer ruhiger Fluss \(Elke Falley-Rothkopf\)](#)
12. [Nicht unsere Entwicklung! \(Annette Brox\)](#)
13. [Weniger Wasserkraft – mehr Solarenergie \(Heinz Schulze\)](#)
14. [ISP-News Oktober 2023](#)
15. [Hinweise und Ankündigungen Oktober 2023](#)

1. Editorial No 91

Liebe Leserin, lieber Leser des InfoPeru,

In Lima befinden wir uns im Oktober im „mes morado“, dem lila Monat. Er heißt so, weil den ganzen Oktober durch in Lima Prozessionen zu Ehren des „Herrn der Wunder“ (Señor de los Milagros) stattfinden.

Allenthalben ertönen Kirchengesänge aus Lautsprechern, und vor allem in der historischen Altstadt ist kein Durchkommen. Die Straßen sind voll mit Männern in lila Umhängen, die im Wiegeschritt das wuchtige Bild des „Herrn der Wunder“ auf ihren Schultern durch die Straßen tragen. Frauen in einfachen lila Kleidern und weißen geklöppelten Kopftüchlein huldigen dem Heiligen mit Weihrauch und Gesängen. Es ist eine der größten Volksprozessionen in ganz Lateinamerika und der Inbegriff der Volksreligiosität in der peruanischen Hauptstadt.

Jeder mag hier mit seinem Anliegen oder einem stillen Gelübde mitmachen. Vielleicht denkt einer im Gebet auch an das bevorstehende Klimaphänomen El Niño, das sich für Ende Jahr/Anfang 2024 mit voller Wucht ankündigt: dann soll es in Nordperu und eventuell auch in Lima zu Überschwemmungen und Bergrutschen kommen. Im Süden Perus dagegen soll der Regen ausbleiben.

Dabei ist die Situation jetzt schon dramatisch. Bei einem Besuch letzter Woche am Piuray-See in der Nähe der Stadt Cusco erzählte der Vorsteher eines Wassernutzverbandes, dass der Wasserstand schon lange nicht mehr so niedrig war. Der Piuray-See versorgt Cusco mit Trinkwasser.

Am Titicaca-See, zwischen Peru und Bolivien gelegen, ist der Wasserstand so niedrig, dass die Ansaugerohre der Wasserwerke im Freien liegen. Bereits jetzt sind die Lebensmittelpreise auf einem Höchststand. Für sehr viele Peruanerinnen und Peruaner wird das Christkind dieses Mal Hunger bringen.

Das ist längst bekannt. Theoretisch müsste sich Peru mit all seinen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Auswirkungen des Niño vorbereiten. Doch es ist kaum Thema in der Millionenstadt Lima, mitten in der Wüste gelegen, dass diesen Sommer vielleicht für alle – und nicht nur für die Randviertel – Wasser rationiert werden wird. Ganz zu schweigen, wovon die Bauern in den Anden leben sollen, wenn die Ernte ausfällt. Oder wie man sich in Nordperu auf die Überschwemmungen vorbereitet.

Es ist kein Thema bei den Bürgern, und auch keines in der Regierung. Stattdessen bemühen sich Abgeordnete, im Verein mit der Regierung, die wenigen funktionierenden staatlichen Institutionen weiter auszuhöhlen, um sich die eigenen Pfründe zu sichern.

Das hat unsere Geschäftsführerin Annette Brox bei ihrem Besuch bei unseren peruanischen Projektpartnern immer wieder gehört. Ihren Artikel zur politischen Lage und die Fotostrecke ihrer abenteuerlichen Reise zum reichsten Distrikt Perus möchte ich Ihnen zur Lektüre ans Herz legen.

Hildegard Willer

Redakteurin InfoPeru



Proteste gegen Dina Boluarte im Juli 2023 in Lima ©Hildegard Willer

2. Ist die Demokratie noch eine Demokratie?

Annette Brox hat während ihrer Perureise der Demokratie in Peru auf den Puls gefühlt.

„Esa democracia ya no es democracia.“ Zehn Tage lang habe ich im September in Lima mit vielen Organisationen und engagierten Menschen gesprochen, mit denen die Infostelle Peru zusammenarbeitet. Und dieser Satz, der auf jeder Demonstration gegen die Regierung Boluarte zu hören ist, wurde in fast jedem meiner Gespräche zitiert. Wie steht es also um die Demokratie in Peru – ist sie wirklich keine mehr? Im Folgenden fasse ich die Beobachtungen, Analysen und Einschätzungen meiner Gesprächspartner*innen zu einem – leider ziemlich düsteren – Panorama zusammen.

Was gerade passiert: Eine autoritäre Regierung entwickelt sich weiter zu einem autoritären Regime. Dass diese Einschätzung sehr ernst zu nehmen ist, zeigen zwei neue Initiativen der Regierungskoalition.

Eine Gesetzesinitiative der Regierung sieht vor, dass schon die Information über Protestaktionen in den Medien strafbar sein soll. Das ist ein klarer Angriff auf die Meinungs- und Pressefreiheit. Die kritische Presse soll als „Unruhestifterin“ kriminalisiert werden.

Und Anfang September beschloss der Kongress, Ermittlungen gegen sämtliche Mitglieder der Junta Nacional de Justicia (JNJ) aufzunehmen, ohne dass es dafür begründete Anhaltspunkte gegeben hätte. Die JNJ ist für die Ernennung von Richtern und Staatsanwälten sowie der Mitglieder der Wahlbehörden zuständig. Ihre Mitglieder sollten offensichtlich ausgetauscht und durch regierungstreue Personen ersetzt werden. Dies wäre ein Schritt zur Aufhebung der Gewaltenteilung.

Hinter diesem Vorhaben vermutet Pilar Arroyo folgende Motive (IBC Coyuntura September 2023): Zum einen sollen die Ermittlungen gegen die regierungstreue Generalstaatsanwältin Patricia Benavides blockiert werden. Ihr wird u.a. vorgeworfen, die Ermittlungen im Fall „Cuellos blancos“ (Korruptionsskandal im Oberen Gerichtshof von Callao) behindert zu haben und auf der Grundlage falscher Anschuldigungen eine Staatsanwältin entlassen haben, die gegen ihre Schwester Emma Benavides ermittelte. Zweitens will die Regierungskoalition mit der Neubesetzung der JNJ die Kontrolle über die Wahlbehörden Jurado Nacional de Elecciones (JNE) und Oficina Nacional de Procesos Electorales (ONPE) gewinnen. Damit könnte sie zukünftige Wahlen in ihrem Sinne beeinflussen. Schließlich könnten mit der Neubesetzung der JNJ Ermittlungen gegen Mitglieder der Regierungskoalition wegen Korruption blockiert werden. Das Vorhaben ist also auch ein Angriff auf eine unabhängige Justiz und damit auf das Prinzip der Gewaltenteilung. Derzeit laufen gegen 47 der 130 Kongressmitglieder Ermittlungen wegen verschiedener Vergehen.

Mit „Regierungskoalition“ meinen peruanische Analyst*innen übrigens nicht eine Regierungskoalition zweier (oder mehr) Parteien, wie wir sie aus Deutschland kennen. Vielmehr geht es um ein breites Bündnis aus Regierung, Kongressmitgliedern, Parteien, Mehrheitspresse und Unternehmertum, die einen Machtblock bilden und die Politik bestimmen. Die Präsidentin wird dabei als Geisel dieser Machtgruppen angesehen, die abhängig von der Gunst dieser Koalition ist. Wird sie fallengelassen, drohen ihr Ermittlungen wegen Korruption und wegen ihrer Verantwortung für die außergerichtlichen Hinrichtungen durch Polizei und Militär während der Proteste Anfang dieses Jahres.

Eine lange Vorgeschichte

Eine Krise der Demokratie wird in Peru nicht erst jetzt diagnostiziert. Peru befindet sich in einer Dauerkrise, und der derzeitige Demokratieabbau hat eine Vorgeschichte, die spätestens 2016 beginnt. Damals entwickelte sich aus der Fujimori-Partei der „Fujimorismus“ als eine Politikform, der sich weitere Parteien anschlossen. Seit 2016 hat der Fujimorismus wiederholt die Erfahrung gemacht, dass er keine Wahlen gewinnen kann. Als Konsequenz daraus verfolgt er jetzt eine neue Strategie, nämlich die Kontrolle über alle demokratischen Institutionen zu gewinnen. Verliert die Wahlbehörde JNE ihre Unabhängigkeit, könnte 2026 der Wahlsieg gelingen. Und selbst wenn

wieder kein*e Präsident*in aus dem Fujimori-Lager gewählt würde, hätte der Fujimorismus dennoch die Kontrolle über sämtliche politische Gewalten.

Neben den staatlichen Institutionen, die die Gewaltenteilung garantieren, werden auch zivilgesellschaftlichen Organisationen angegriffen. Sie haben bereits Erfahrung mit Einschüchterung und Lähmung durch extreme administrative Anforderungen gemacht. Von tätlichen Angriffen durch rechtsextreme Gruppen auf das Büro der IDL-Reporteros haben wir bereits berichtet. Die Polizei reagierte nur sehr zögerlich.

Die Zustimmung zur Regierung und zum Kongress in der Bevölkerung ist verheerend schlecht. In der letzten [Umfrage](#) des Meinungsinstitutes IEP im Juli 2023 unterstützten ganze elf Prozent der Befragten die Politik von Dina Boluarte. Mit der Arbeit des Kongresses sind sogar nur sechs Prozent zufrieden. In vielen wichtigen Themen zeigt sich die Regierung unfähig, die Probleme zu lösen, zum Beispiel bei der Bekämpfung von Dengue und bei der Reaktion auf die Zerstörungen durch das Wetterphänomen El Niño im Norden Perus. In einer Umfrage sagen 56 Prozent der Befragten, die Situation sei jetzt schlimmer als unter der Regierung Castillo, sowohl, was akute, als auch, was strukturelle Probleme angeht.

Angesichts dieser verheerenden Werte ist die Regierung sehr bemüht, international ihr Image aufzubessern, und hat dafür ein US-amerikanisches Marketingunternehmen beauftragt. Der OECD-Beitritt soll nicht gefährdet werden. Ein eher hilflose Versuch, sich international und vor der eigenen Bevölkerung gut zu präsentieren, war Boluartes Teilnahme an der UN-Vollversammlung in New York. Auf ihrem Twitterkanal veröffentlichte sie Fotos von Treffen mit US-Präsident Biden und Bundeskanzler Scholz und schrieb dazu, dies seien offizielle Treffen gewesen, in denen „über die Stärkung der bilateralen Beziehungen“ bzw. über die „Zusammenarbeit der beiden Länder und die Unterstützung, die Peru von den USA erhält“ gesprochen wurde. Tatsächlich handelte es sich jedoch um kurze zufällige oder rein repräsentative Begegnungen ohne diplomatische Bedeutung. Dies wurde bald offensichtlich und war ein peinliches Eigentor. Ähnlich zu bewerten ist auch Boluartes umstrittener Besuch in Deutschland, Italien und im Vatikan vor wenigen Tagen. Auch hier gab es nicht mehr als repräsentative Termine, die der Präsidentin jedoch eine Bühne boten, sich als demokratisches Staatsoberhaupt zu präsentieren. Dies wurde nicht nur von der Infostelle Peru scharf kritisiert – siehe auch den [Beitrag](#) in diesem InfoPeru.

Und was macht die Opposition?

Obwohl die Ablehnung von Regierung und Kongress in der Bevölkerung so massiv ist, sind es die Proteste nicht (mehr). An der letzten Demonstration anlässlich des Angriffs auf die JNJ und die Gewaltenteilung am 16. September nahmen in Lima schätzungsweise 3.000 Menschen teil. Warum gehen nicht viel mehr Menschen auf die Straße?

Viele haben Angst vor Repression, Gewalt durch Polizeikräfte und juristischer Verfolgung. Die Regierung, Polizei und Geheimdienste schüchtern (potenziell) Oppositionelle gezielt und massiv ein. Wer sich bei den Protesten engagiert hat oder Opferfamilien unterstützt, trifft häufig vor der eigenen Haustür auf bewaffnete Polizisten. Menschenrechtsorganisationen werden in Geheimdienstprotokollen erwähnt.

Die hohe Informalität in der Beschäftigung führt außerdem dazu, dass viele aus wirtschaftlichen Gründen nicht auf die Straße gehen, weil sie dann schlicht und einfach kein Einkommen haben. Insgesamt trägt die wirtschaftliche Situation vieler Menschen dazu bei, dass die Proteste schwach bleiben. Der Aufschrei über die horrenden Preissteigerungen bei Limetten war massiver als der über den Angriff auf die Gewaltenteilung, weil er die Menschen unmittelbarer trifft.

Die Protestbewegung ist gespalten: Anfangs haben die Menschen aus den Regionen protestiert, ohne in Lima Unterstützung zu finden. Jetzt, wo die JNJ und die Gewaltenteilung angegriffen werden, sind es vor allem Menschen in Lima, die auf die Straße gehen, aus Angst vor dem Demokratieabbau. Das wird ihnen von der Landbevölkerung als fehlende Solidarität und Egoismus ausgelegt. „Als sie uns umgebracht haben, seid ihr zuhause geblieben, jetzt – wo ihr Eure Demokratie in Gefahr seht – sollen wir mit euch auf die Straße gehen?“ Vielen Menschen aus den Regionen ist die Frage der Gewaltenteilung und der JNJ zu theoretisch und zu lebensfern, als dass sie dafür auf die Straße gehen würden.

Schließlich fehlt es auch an Persönlichkeiten, die eine große Bewegung anführen und zwischen unterschiedlichen Positionen vermitteln könnten.

Ein Grund für die niedrige Beteiligung an den Protesten ist auch der zunehmende Individualismus in der peruanischen Gesellschaft. Für viele gilt das Motto „Rette sich, wer kann.“ Es herrscht eine gewisse konservative Haltung in großen Teilen der Bevölkerung, die Angst vor Veränderung hat und bestrebt ist, das Wenige, das sie hat, zu verteidigen.

Andererseits ist es aber auch ungerecht zu sagen, die Proteste seien schwach. Die Demonstrationen im Dezember und Januar waren sehr wohl massiv, nur war die Bevölkerung von Lima kaum daran beteiligt. Dass die Proteste danach nachgelassen haben, liegt an den gerade erwähnten Gründen. Trotzdem sind sich alle einig, dass die Opposition schwach ist. Die sehr unterschiedliche Herkunft und Identität der Gruppierungen innerhalb der Proteste machen die Zusammenarbeit schwierig.

Samen der Hoffnung?

Eine Freundin riet mir im Gespräch über dieses wenig Mut machende Panorama, meinen Artikel trotz allem mit „Samen der Hoffnung“ zu überschreiben. Ich bin ihrem Wunsch nicht gefolgt, weil

ich so wenig Zuversicht und so viel Sorge in meinen Gesprächen wahrgenommen habe. Aber am Ende sollen sie stehen, die kleinen Lichtblicke und Hoffnungen auf Auswege.

Wenn es Lösungen gibt, dann können sie nur von den Menschen auf der Straße kommen, sagt Glatzer Tuesta von IDL.

Wichtig ist eine kritische Gegenöffentlichkeit zur Mehrheitspresse. Die gibt es.

Unterstützung und Erklärungen aus dem Ausland sind sehr wichtig, wie etwa der Bericht der CIDH (Interamerikanische Menschenrechtskommission), UN-Erklärungen, der Bericht von Amnesty international und zuletzt zwei Erklärungen der Peruanischen Bischofskonferenz und von acht Botschaften zum Angriff auf die Gewaltenteilung. Leider war die deutsche Botschaft nicht dabei.

Bei insgesamt düsterem Panorama ist es ermutigend, dass vor allem die Autonomen indigenen Territorien sehr genau wissen, was sie wollen, und ihre eigene Agenda haben, meinen Nichtregierungsorganisationen, die mit indigenen Völkern arbeiten.

Und trotz schwindender Zuversicht starten zivilgesellschaftliche Organisationen immer wieder neue Initiativen für Menschen- und Umweltrechte, Demokratie und Partizipation. Dabei konzentrieren sich viele nicht mehr so sehr auf die Hauptstadt und die nationale Regierung, sondern auf die Regionen und auf eine Zusammenarbeit auf lateinamerikanischer Ebene. Das ist jedenfalls keine schlechte Entwicklung. Von den Initiativen werden wir in späteren Newslettern ausführlicher berichten.

Annette Brox

3. Wirtschaft in Rezession?

Zur wirtschaftlichen Lage Perus

Die öffentliche Meinung in Peru ist vor allem über zwei Angelegenheiten besorgt: die [wirtschaftliche Situation](#) und die sich verschlechternde Sicherheitslage. Diese zwei Themen stehen ganz oben auf der nationalen Agenda Perus.

Die wirtschaftlichen Ergebnisse des ersten Halbjahres 2023 sind entmutigend, denn die peruanische Wirtschaft hat aufgehört zu wachsen, mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um -0,5%, wie das Nationale Institut für Statistik und Informatik (INEI) mitteilt.

Laut Wirtschaftswissenschaftler Rüdiger Dornbush vom MIT (Massachusetts Institute of Technology), werden wirtschaftliche Entscheidungen je nach der sozialen Stärke der verschiedenen Sektoren eines Landes getroffen.

Es gibt verschiedene Expertenmeinungen dazu, ob eine Rezession stattfindet. Der Präsident der Zentralbank, Julio Velarde, behauptet, dass wir nicht von einer Rezession sprechen können. Der ehemalige Wirtschaftsminister Pedro Francke hingegen bekräftigt, dass wir uns in einer solchen befinden.

Die gegenwärtige Situation ist auf folgende Ursachen zurückzuführen: Zum einem die Auswirkungen klimatischer Phänomene, die im Norden und in der Mitte des Landes sintflutartige Regenfälle verursachten, sowie Fröste und Dürreperioden zwischen August und Dezember im südlichen Hochland. Das hat die Ernten beeinträchtigt und zu einem erheblichen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion geführt (4,6 %, so viel wie in den letzten 40 Jahren nicht). Es hat die Einkommen der Erzeuger und Erzeugerinnen beeinträchtigt und hat zu einem deutlichen Anstieg der Lebensmittelpreise geführt. Während die Gesamtinflation bis Juli bei 5,88 % lag, beträgt die Inflation bei Nahrungsmitteln mehr als 10% und ist bei einigen Produkten noch viel höher.

Agrar- und Nahrungsmittelkrise bedingen sich gegenseitig

So gibt es zwei ernstzunehmende Krisen, die die peruanischen Haushalte direkt betreffen: eine Agrarkrise und Nahrungsmittelkrise. Bedauerlicherweise wusste die Regierung auf keine der beiden zu antworten und versteht die Dringlichkeit zu handeln nicht. Das Vorhandensein des globalen El-Niño-Phänomens wurde bereits bestätigt, und wird zwischen November 2023 und März 2024 im ganzen Land noch stärker zu spüren sein. In diesen Tagen ist das Land auch von zahlreichen Waldbränden in den Regionen Amazonas, Apurímac (wo bereits fünf Menschen starben und 11 schwer verletzt wurden), Cusco, Arequipa, Ayacucho, Áncash, Pasco, Madre de Dios, Huánuco, Loreto und Puno betroffen. Diese Brände haben Hunderte von Hektar verwüstet, was die Agrarkrise noch verschärft. Nach Angaben des Umweltministeriums (MINAM) sind 98% der Waldbrände im Land auf menschliches Handeln zurückzuführen, wobei die Hauptursache das Verbrennen von landwirtschaftlichen Abfällen zur Beseitigung des Unterholzes ist.

Politische Instabilität und Proteste

Ein weiterer Grund sind die sozialen Proteste, die verschiedene produktive Aktivitäten lahmlegten, haben den Zustrom in- und ausländischer Touristen erheblich reduziert und in- und ausländische Privatinvestitionen vertrieben. Dies wird vor allem von den Wirtschaftssektoren getragen, die ideologisch eher der Rechten und der extremen Rechten zuzuordnen sind.

Dazu kommt politische Instabilität, die nicht nur in- und ausländische Investitionen abschreckt, sondern vor allem die Verwaltung des Staatsapparats beeinträchtigt. Vor 2016 waren die Minister im Durchschnitt 18 Monate im Amt. Heute liegt der Durchschnitt bei drei Monaten. Diese politisch

instabile Situation behindert auch die ordnungsgemäße Verwaltung der verschiedenen Sektoren wie Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft usw. und macht es unmöglich, angemessene Maßnahmen zur Bewältigung der verschiedenen Notlagen im Land zu ergreifen.



Kartoffelgrossmarkt in Lima ©Luisenrique Becerra

Rückgang der Nachfrage

Eine letzte Ursache, ist der Nachfragerückgang, d.h. die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bevölkerung, hat die Menschen dazu veranlasst, ihre Einkäufe nicht nur bei Lebensmitteln, sondern auch bei anderen Waren und Dienstleistungen zu reduzieren. Laut Ipsos haben 54% der Befragten im letzten Jahr einen Einkommensrückgang erlebt.

Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es nun? Bei den Lösungsansätzen, um die derzeitige Stagnation der peruanischen Wirtschaft umzukehren, gibt es Unstimmigkeiten.

Einige sind der Meinung, dass die Regierung angesichts der Tatsache, dass die derzeitige Situation zu einem Rückgang der staatlichen Steuereinnahmen geführt hat, ihre Ausgaben einschränken sollte, um das Haushaltsgleichgewicht aufrechtzuerhalten. Technisch wird dies als "konjunkturelle Maßnahmen" bezeichnet. Darüber hinaus müsste die Regierung private Investitionen fördern, indem sie ihnen alle möglichen Erleichterungen gewährt und so genannte bürokratische Hindernisse, einschließlich Umweltvorschriften, beseitigt.

Anreize setzen ohne Umweltbestimmungen zu lockern

In diesem Zusammenhang schlug die Nationale Gesellschaft für Bergbau, Erdöl und Energie (SNMPE) am 4. August "zur Ankurbelung der wirtschaftlichen Reaktivierung" die Zusammenlegung von SENACE (Nationale Umweltzertifizierungsbehörde) mit anderen Umweltinstitutionen wie der Nationalen Wasserbehörde (ANA), der Nationalen Behörde für Forstwirtschaft und Wildtiere (SERFOR) und der Nationalen Behörde für staatlich geschützte Naturgebiete (SERNANP) vor. Diese Institutionen sind für die Abgabe verbindlicher technischer Gutachten für Umweltzertifizierungen von Investitionsprojekten zuständig. Nach ihrer Zusammenlegung schlägt die SNMPE vor, dass sie vom Umweltministerium (MINAM) zur Präsidentschaft des Ministerrats (PCM) wechseln.

Andere Stimmen vertreten, dass private Investitionen gefördert werden müssen, doch darf dies nicht um den Preis einer Verschlechterung des Umweltschutzes oder der Arbeitsbedingungen geschehen. Es müssen Anreize für die Nachfrage geschaffen werden, argumentiert Pedro Francke: "Eine wirksame Erhöhung der öffentlichen Investitionen, eine ernsthafte Sanierung des öffentlichen Gesundheitswesens, damit die Bewältigung dringender Probleme nicht die Taschen der Familien leert, und eine aktive Arbeitspolitik, die die Löhne und Gehälter verbessert, sind die wichtigsten Maßnahmen in dieser Hinsicht. Und die Kosten, die dadurch für den öffentlichen Haushalt entstehen, müssen durch eine Steuerreform und Maßnahmen zur Verringerung der Steuerhinterziehung durch große Steuerbetrüger gedeckt werden".

Pedro Francke plädiert für eine starke Förderpolitik, die gerade in der Rezession, die Volkswirtschaft unterstützt. Diese Art von Vorschlägen wird als "antizyklische" Maßnahmen bezeichnet, deren Ziel es ist, der Wirtschaft Mittel zuzuführen, um die Nachfrage anzukurbeln.

Peru hat hohe Haushaltsreserven

Es scheint, dass die Regierung über die entsprechenden Instrumente verfügt, denn laut der Zentralbank "verfügt Peru über eine Wirtschaft mit soliden makroökonomischen Fundamenten, die zu den besten in der Region und in den Schwellenländern gehören (...) niedrige Finanzierungskosten und eine geordnete Haushaltsbilanz (...) Die internationalen Reserven Perus entsprechen 29% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und gehören damit zu den höchsten in der Region".

Die Reaktivierung der Wirtschaft, um die Nöte der peruanischen Haushalte zu lindern, hängt also im Wesentlichen vom politischen Willen der derzeitigen Regierung ab.

Pilar Arroyo, Instituto Bartolomé de Las Casas, 27.08.2023

Übersetzung und Zusammenfassung: Mona Friedmann



Protestaktion in Berlin am 13.10.23. ©Anna Kohte

4. Proteste: Dina Boluarte zu Besuch in Deutschland

Die peruanische Präsidentin Dina Boluarte zu Besuch in Deutschland: Am 12. Oktober war Boluarte in Stuttgart als Ehrengast bei einem Galadiner auf dem Lateinamerika-Tag des Lateinamerika Vereins unter Schirmherrschaft des baden-württembergischen Ministerpräsidenten und zum Eintrag ins Goldene Buch der Stadt bei Stuttgarts Oberbürgermeister geladen, am 13. Oktober war sie in Berlin zu Gast bei Bundespräsident Steinmeier.

Ihr Besuch in Deutschland stieß auf vielfältige Kritik und lautstarke Proteste. Denn nach ihrem Amtsantritt kamen bei Protesten 49 Personen durch Polizeigewalt zu Tode. Demokratische Rechte werden massiv eingeschränkt. Angesichts dieser Situation die Präsidentin in Deutschland als Ehrengast zu empfangen und ihr eine Bühne zu bieten, ihre Politik zu verteidigen, ist unangemessen. Diese Meinung haben wir in einem Offenen Brief an den Bundespräsidenten deutlich gemacht. Den Brief können Sie hier unten lesen.

Zusammen mit dem DEAB (Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg) haben wir ähnlich lautende Briefe auch an die Veranstalter des Lateinamerika-Tages, den Ministerpräsidenten und den Oberbürgermeister geschrieben. Auch peruanische Gruppen hatten im Vorfeld des Besuchs Briefe an den Bundespräsidenten geschrieben.

In Stuttgart und Berlin gab es überall, wo die peruanische Präsidentin sich aufhielt, lautstarke Proteste. In Stuttgart demonstrierten vormittags Peruaner*innen und Deutsche vor dem Rathaus,

wo Boluarte sich ins Goldene Buch der Stadt eintrug. Nachmittags wurden die Proteste mit einer Kundgebung vor dem Veranstaltungsort des Lateinamerika-Tages fortgesetzt, mit Musik, Reden, vielen Plakaten und lautstarken Protestrufen. Am nächsten Tag gab es dann ebenso laute Proteste vor dem Schloss Bellevue in Berlin, wo Boluarte von Bundespräsident Steinmeier empfangen wurde. Eine lange Reihe von Plakaten und Transparenten zeigte die Empörung darüber, dass Boluarte, verantwortlich für 49 außergerichtliche Hinrichtungen, in Deutschland mit Ehren empfangen wird.

[09.10.2023 ffener Brief: Besuch der peruanischen Präsidentin in Berlin](#)

5. Fotogalerie: Proteste gegen Besuch von Dina Boluarte in Deutschland



Protest gegen Besuch Dina Boluarte in Stuttgart, 12.10.23 ©Annette Brox



Protest gegen Besuch Dina Boluarte in Stuttgart, 12.10.23 ©Annette Brox



Proteste gegen Besuch von Dina Boluarte in Berlin, ©Heeder Soto



Proteste gegen Besuch von Dina Boluarte in Berlin, ©Heeder Soto



Proteste gegen Besuch von Dina Boluarte in Berlin, ©Heeder Soto

6. Kurz gemeldet Oktober 2023

Schwänzende Abgeordnete, eine befleckte Fussballnationalmannschaft und vieles mehr.....Kurznachrichten aus Peru

Kein Glauben an freiwillige Verpflichtungen – auch nicht bei Palmöl

Ein Kommentar

Als Informationsstelle Peru e.V. haben wir in der Vergangenheit über die Übergriffe und Umweltzerstörung durch die zunehmende Produktion von Palmöl berichtet und diese kritisiert. Wir haben ebenfalls positiv zur Kenntnis genommen, dass die Palmölfirma Ocho Sur aus der Liste des internationalen Palmölverbandes mit Sitz in London als Produzent für „nachhaltiges Palmöl“ entfernt wurde. Dabei war uns klar, dass sich die BesitzerInnen von Ocho Sur damit nicht zufriedengeben werden. Sie haben sich an ein Unternehmen gewandt, das fahrlässig Zertifizierungen erstellt, nämlich an das private Unternehmen [GreenInitiative](#). Davon wurde Ocho Sur, tätig im peruanischen Regenwald in der Region Ucayali, als umweltfreundliches, nachhaltiges Palmölunternehmen eingestuft. Dabei ist bekannt, dass Ocho Sur Gebiete der indigenen Dorfgemeinschaft Santa Clara de Uchunya (Region Ucayali) besetzt und in der Folgezeit ca. 25.000 Hektar entwaldete.

Umweltorganisationen in Peru kritisierten stark, dass die aktuelle US-Botschafterin in Peru, Lisa Kenna, Ocho Sur als vorbildliche Firma darstellte.

Ocho Sur wird aktuell von indigenen Organisationen vor einer Unterabteilung der OCDE in den Niederlanden angeklagt. Das geschieht über eine Klage gegen eine niederländische Firma, die Palmöl von Ocho Sur bezieht.

Das ist ein erneutes Beispiel dafür, dass solche Green-Konsumenten-Verdummungszertifikate nichts taugen. Wirklicher Schutz für Umwelt und Menschen in Peru und hier gibt es nur durch klare Vorgaben, wie ein klares Lieferketten-Nachweis-Gesetz und durch eine gute Einkaufsaufklärung, kritischer einzukaufen. Wir sehen uns als Teil dieser Bewegung.

(Aus: Servindi, Lima, 6.9.23; [greeninitiative.eco/2023/08/28 ocho sur.](#))

Heinz Schulze

Die Bevölkerung auf dem Land altert

„Dank der Möglichkeit zwei Ernten pro Jahr zu haben, konnten unsere drei Kinder studieren und haben eine gute Arbeit in der Stadt“. Das erzählte mir vor Jahren der Bauer Don Baldomero aus einem kleinen Andendorf bei Cajamarca. Diese zwei Ernten wurden möglich, weil die Nichtregierungsorganisation EDAC ein Projekt zur Wasserspeicherung von kleinen Rinnsalen

ermöglichte, damit eine gute Bewässerung mit einfachsten Mitteln ermöglicht wurde und wodurch ausgewaschenes Land wieder landwirtschaftlich genutzt werden konnte. Dieser Anbau dient zur Selbstversorgung und zu einem Teil zum Verkauf auf dem Markt in der Stadt. Don Baldomero meinte, dass sie so dem ärmlichen Leben als Kleinbauern entfliehen konnten und er hofft, dass die jüngste Tochter einen tüchtigen Mann finde, der den Hof bearbeiten und sie so im Alter unterstützen würde.

Die [Tendenz der Überalterung](#) der ländlichen Regionen, bestätigten neuere Untersuchungen. In den 60er Jahren war das Verhältnis zwischen Stadt und Land 1:1. Heute kommen vier StadtbewohnerInnen auf einen LandbewohnerIn. Diese Überalterung ist nur aufhaltbar, wenn junge Menschen auf dem Land bessere Lebensbedingungen bekommen, sprich Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, gute Beratung für eine angepasste Landwirtschaft, faire Preise für ihre Produkte etc. Dabei muss es verstärkt Kooperationsformen zwischen den Kleinbauern (minifundismo) geben wie Flächentausch, Maßnahmen gegen die Erosion, Kooperationen bei günstiger Kreditbeschaffung bis hin zur Vermarktung.

(Heinz Schulze, Quelle: ¿Envejecimiento o rejuvenecimiento del campo?. Revista Agraria Nr. 160, CEPES, Centro Peruano de Estudios Sociales)

Dem peruanischen Fußball klebt Erdöl an den Schuhen

Vor ungefähr einem Jahr verursachte die spanische Erdölfirma REPSOL die größte ökologische Katastrophe des peruanischen Meeres nördlich von Lima. Damals gelangten ca. 12.000 barriles Rohöl ins Meer. (Anm: [Wir berichteten darüber im InfoPeru](#)). Mit Unterstützung der peruanischen Organisation [CooperAcción](#), erhielten die Fischerfamilien eine erste, aber unzureichende Entschädigung. Die Proteste der Bevölkerung zur Entgiftung des Meeres und Wiederherstellung der biologischen Vielfalt, wurden im September 2023 von der Polizei unterdrückt.

Ausgerechnet dieses Unternehmen wurde jetzt Sponsor des peruanischen Fußballverbandes. Dieses „Greenwashing“ soll die peruanische Fußballmannschaft fit für die Weltmeisterschaft machen.

Auch in Europa ziert das Logo von Erdölländer- und Firmen viele Fußballtrikots.

(Aus: <https://cooperaccion.org.pe/opinion-la-camiseta-no-se-mancha>, 12.9.23)



“So spielt man nicht. Sag nein zum Erdöl” – Performance junger Klimaaktivisten gegen den Sponsor Repsol für die peruanische Nationalmannschaft ©MOCICC

Ausgediente Erdölplattform ist nützlich für die biologische Vielfalt

Vor der Küste des kleinen Fischerdorfes Los Órganos, 200 Kilometer südlich der Grenze zu Ecuador, liegt die 1985 gebaute und seit 2011 ausgediente [Erdölplattform MX 1](#). Sie war im Dienst des Unternehmens Petroperu und Besitzer der Plattform ist die US-Firma De Jong Capital – Savia Peru. Nach peruanischem Gesetz muss sie jetzt abgebaut werden. Es handelt sich um 500 Tonnen Eisen. Bei Nichterfüllung drohen bis zu 20 Millionen Dollar Strafe. Doch MeeresbiologInnen, UmweltschützerInnen und FischerInnen sprechen sich stark für den Erhalt der Plattform aus. Denn deren Struktur hat sich als idealer Platz für die Ansiedlung von Korallen, Algen, Fischen etc. entwickelt. Wegen dieser Nahrungsfülle haben sich Vögel, Seelöwen und Delphine angesiedelt. Wie andere Länder (bisher Australien, USA, England, die Niederlande oder Norwegen), sollte sich die peruanische Regierung überlegen, solche Industriebauten als künstliche Riffe zu nutzen. Die Entscheidung steht aus.

(Aus: Maria E. Carbajal, Diálogo Chino, 12.9.23)

Faule Abgeordnete im peruanischen Parlament

Wenn Abgeordnete an Plenar- oder Kommissionssitzungen fehlen „wollen“, müssen sie um eine Beurlaubung nachsuchen, sonst verlieren sie einen Teil ihrer Spesen. Die großen Fehlzeiten tragen weiter zur Ablehnung des Parlaments durch die Bevölkerung bei, die schon bei über 90%

liegt. Die Fehlzeiten sind so immens, dass die investigativen ReporterInnen von „Ojo Público“ dazu recherchiert haben. Sie stellten fest, dass zwischen Juli 2021 bis Juni 2023, 2.700 Befreiungen von Abgeordneten beantragt wurden, meist aus „persönlichen Gründen“. Es ist auffällig, dass oft Entscheidungen, gerade bei Gesetzesinitiativen, mit sehr wenigen anwesenden Abgeordneten gefällt werden. Die Fehlenden haben sich entschuldigt, um sich aus der Verantwortung zu ziehen.

(Ojo Público, Lima, 10.9.23)

Perus Abgeordnete lassen sich von der repressiven Politik El Salvadors inspirieren

Die repressive Politik – null Toleranz für Kriminalität – des Präsidenten von El Salvador, Bukele, interessiert und begeistert peruanische Abgeordnete und BürgermeisterInnen.

So waren aus El Salvador [Funktionäre in Peru](#) und umgekehrt fanden Exkursionen dorthin statt. Das sind keine privaten Aktionen, sondern werden von der Beratungsfirma CIT-Peru organisiert – Koordination für Investitionen und Arbeit. Deren Chef, José Saavedra Molina, gehört zu der Partei Renovation Peru. Er beriet unter anderem in Sachen „verstärkte Sicherheit“ den Bürgermeister von Callao (Fujimoriopartei – Fuerza Popular) oder die Bürgermeisterin des Distrikts San Isidro, Lima (Partei Renovación Popular), wie BürgermeisterInnen in Arequipa, Chiclayo, Pachacamac oder Cusco. Bei dem Besuch in El Salvador beeindruckte er die peruanischen Abgeordneten, die ein solches Modell befürworteten, mit einer Exkursion zum dortigen und gleichzeitig größten Gefängnis Lateinamerikas, um die dahinterstehende Politik der „harten Hand“ Bukeles kennenzulernen. Vargas Cespedes, ein Teilnehmer der Exkursion nach El Salvador, meinte: „Peru befindet sich derzeit in der größten Krise in seiner Geschichte, was die Sicherheit betrifft. Da hilft nur eine Politik wie sie Präsident Bukele in El Salvador durchsetzt“.

(Aus: Ojo Público, Lima 10.9.23 – La organización que motivo a grupos de derecha a proponer el Plan Bukele en el Peru.)

Eine kleine Änderung im Gesetz soll große Vorteile für Kriminelle bringen

Der Abgeordnete der Partei Fuerza Popular (Fujimoriopartei), Jorge Morante, will das [aktuelle Gesetz](#) gegen die Einbeziehung von kriminell erworbenen Geldern und Gütern „leicht“ abändern. Bisher können Gelder, die aus kriminellen Aktivitäten stammen, „eingefroren“ werden, auch wenn die angeklagten Personen nicht in letzter Instanz verurteilt wurden. Er will das nun ändern. In Zukunft soll die Generalstaatsanwaltschaft erst zum Zeitpunkt der Verurteilung die illegal erworbenen Vermögen und Güter sicherstellen. Das würde bedeuten, dass die, zum Beispiel wegen Menschenhandel, Drogenhandel, Korruption, verhafteten Kriminellen ihr Vermögen verschieben oder reinwaschen können und so dieses dem Staat und den BürgerInnen entziehen.

Das würde ca. 4.000 laufende Prozesse wegen dieser Delikte betreffen, unter anderem auch die gegen Expräsident A. Toledo oder der Fujimori-Tochter Keiko Fujimori.

(Aus: Liliana E. Meza Quito, Procuradora Pública Especializada en Extinción de Dominio 15.06.23, und Servindi 22.9.2023)

OECD besorgt über Korruption und schwache Demokratie in Peru

In einem [aktuellen Bericht](#) warnt die "Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung" OECD vor Komplikationen in Peru aufgrund von Korruption und schwacher Rechtsstaatlichkeit, die nach Ansicht einiger Expert*innen als Hindernis für den Beitritt zur Gruppe der fortgeschrittenen Länder der OECD angesehen werden. Der OECD-Wirtschaftsbericht Peru 2023 hebt hervor, dass sich das Wachstum verlangsamt hat, dass Strukturreformen der Schlüssel zur Ankurbelung des langfristigen Wachstums sind, und dass die Verringerung der Informalität eine Priorität darstellt. Der Bericht verweist auch auf die Folgen der Korruption und der schwachen Rechtsstaatlichkeit in Peru.

"Die hohe Korruption behindert die Fähigkeit der Regierung, politische Maßnahmen umzusetzen, Steuern einzutreiben und Gesetze und Vorschriften durchzusetzen" und "eine schwache Rechtsstaatlichkeit schafft ein nicht ausreichend stabiles und vorhersehbares Geschäftsumfeld, was Investitionen, Handel und Unternehmertum abschreckt", heißt es in dem diesjährigen OECD-Papier über Peru.

Auf diese Weise kollidieren die Ansprüche Perus mit der harten Realität des Entwicklungsrückstands und entfernt Peru von den Bestrebungen, der OECD beizutreten.

(La República, 29.09.2023)

Inklusive Sprache in Schulen und Behörden soll verboten werden

Das [Plenum des Kongresses](#) der peruanischen Republik hat am 14.09.2023 mit 78 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen den von der Kongressabgeordneten Milagros Aguayo vorgelegten Gesetzesentwurf Nr. 3464/2022-CR angenommen, der die korrekte Verwendung der inklusiven Sprache festlegt und die Aufspaltung der Sprache zur Bezeichnung von Männern und Frauen in Schultexten sowie Behörden verhindert.

(Wayka.pe, 15.09.2023)

Solarenergie: Kapazitäten nicht ausgenutzt

Dank seiner geografischen Lage in der Nähe des Äquators verfügt Peru über ein [hohes Solarenergiepotenzial](#), das das Ministerium für Energie und Bergbau auf 3.000 Kilowattstunden (kWh) direkter Einstrahlung im Süden schätzt. Allerdings nutzt das Land nur 1% seiner Kapazität.

Das Gleiche gilt für andere nicht-konventionelle erneuerbare Energien, die zwar im Land stärker entwickelt sind, aber in der Matrix keine wichtige Energiequelle darstellen: Wind hat nur 3 % und Biomasse 0,5 %. Trotz dieser Leistung gibt es immer noch Regionen, die keinen Zugang zu Energie haben.

Nach Angaben des Nationalen Instituts für Statistik und Informatik hatten im Jahr 2021 94,1 % der peruanischen Haushalte Zugang zur Energieversorgung. Allerdings waren 45,3 % von Stromausfällen oder -unterbrechungen betroffen. Außerdem hat in den Amazonas-Departements Loreto und Ucayali nur etwa die Hälfte der Bevölkerung Zugang zu Strom.

Angesichts der Notwendigkeit, diese Lücken zu schließen, und der aktuellen Klimabedingungen, die durch die globale Erwärmung verschärft werden, wird die Energiewende als eine der wichtigsten Möglichkeiten zur Reduzierung der Gasemissionen postuliert.

(Servindi, 01.10.2023)

UNO: Peru ist besonders vom Klimawandel und von Vergiftung betroffen

Pedro Arrojo Agudo, UN-Sonderberichterstatter, hat einen alarmierenden [Bericht über die Lage](#) in Peru vorgelegt, in dem er auf die Anfälligkeit für den Klimawandel und die toxische Verschmutzung hinweist.

Während seiner Reise durch die Departements Lima, Ica, Cajamarca, Puño und Loreto traf er mit Vertreter*innen der Zivilgesellschaft zusammen, die ihre Besorgnis über die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung zum Ausdruck brachten.

Einer der wichtigsten Punkte, über die er berichtete, war die alarmierende Anfälligkeit des Landes für Wasserprobleme angesichts des Klimawandels, die durch das extraktivistische Wirtschaftsmodell noch verstärkt wird.

Die Zerstörung von Grundwasserleitern, Feuchtgebieten und Regenwäldern ist vor allem auf die legalen als auch illegalen Bergbauaktivitäten und Ölverschmutzungen sowie auf zahlreiche Umwelthaftungen im Bergbau- und Kohlenwasserstoffsektor zurückzuführen. Das hat verheerende Folgen für die peruanische Bevölkerung- mehr als 10 Millionen Peruaner*innen: 31% der Bevölkerung sind täglich der Gefahr einer Verseuchung durch Schwermetalle und andere Gifte ausgesetzt, 84% davon sind Kinder.

“Kurz gesagt, wir haben es mit einer systematischen Vergiftung zu tun (...) vor allem in den bäuerlichen und indigenen Gemeinden, während der Klimawandel dem Land eine düstere hydrologische Zukunft voraussagt”, schloss Arrojo.

(*Servindi, 26.09.2023*)

Chinesische Kontrolle der peruanischen Infrastruktur beeinträchtigt bilaterale Beziehungen zwischen den USA und Peru

Einem Bericht der Financial Times zufolge, ist die US-Regierung über die [wachsende Präsenz Chinas](#) in Lateinamerika besorgt und nennt Peru als den wichtigsten betroffenen Akteur.

Der Experte für internationale Politik, Farid Kahhat, und Carlos Aquino, der Direktor des Zentrums für asiatische Studien an der Universidad Nacional Mayor de San Marcos, schätzen den Status Quo ein. Fakt ist: China strebt an, der wichtigste Handelsverbündete Lateinamerikas werden. Der Hafen von Chancay steht im Mittelpunkt von Chinas Strategie, seine Präsenz in der Region zu stärken. Für die Peruaner ist dieses Großprojekt ein Bekenntnis zum Land, ein hoffnungsvoller Blick in die Zukunft, wie es die Regierung von Dina Boluarte verkauft. Aber für China und die Vereinigten Staaten ist es ein eigennütziges Thema. Die asiatische Nation hält 60 % der Anteile an dem Megahafen. Die USA sehen diese Präsenz Chinas in den Häfen der Region, zusammen mit der chinesischen Kontrolle über den peruanischen Strommarkt, als Bedrohung ihrer nationalen Sicherheit, unter anderem wegen der Intransparenz und dem unfairen Wettbewerb durch chinesische Unternehmen. Trotz der großen Investitionen Chinas, bleiben die Vereinigten Staaten ein bedeutender Handelspartner Perus.

(*Infobae, 05.10.2023*)

7. „Ich habe es Ihnen nie erzählt, aber sie haben mich vergewaltigt.“

Ein Interview mit dem Menschenrechtsspezialisten Ernesto de la Jara über die Aufarbeitung sexueller Gewalt in Peru.

Vor zwanzig Jahren hat die peruanische Wahrheits- und Versöhnungskommission ihren Abschlussbericht präsentiert. Die Kommission spricht dort auch eine Art von Gewalt an, welche lange unausgesprochen blieb: Das Ausmaß sexualisierter Gewalt während des bewaffneten Konflikts der 80er und 90er Jahre. Der Bericht widmet der sexualisierten Gewalt gegen Frauen (1) ein eigenes Unterkapitel und folgte damit u.a. dem Beispiel der Wahrheitskommissionen Guatemalas (2). Aber wie steht es heute um die (strafrechtliche) Aufarbeitung dieser Gewalt?



Menschenrechtsanwalt Ernesto de la Jara,
Gründer des Instituto de Defensa Legal ©privat

Die Wahrheitskommission hörte sich die Aussage von MMMB an (3) und widmete ihr einen eigenen Teil des Abschlussberichtes. Laut dem Bericht wurde die damals 19-jährige Studentin Ende Oktober 1992 in Lima von Soldaten in Zivilkleidung entführt und vier Tage ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten (4), während sie gefoltert und wiederholt vergewaltigt wurde, bevor sie sich vor der DIRCOTE (Nationale Direktion gegen Terrorismus) für die ihr vorgeworfenen Taten für schuldig erklärte (5). MMMB verbrachte mehrere Jahre in Haft, bekam dort ein durch eine der Vergewaltigungen gezeugtes Kind, bis sie schließlich unterstützt durch Ernesto de la Jara, Jurist und Gründer des Instituto de Defensa Legal, von der Wahrheitskommission und von

einer Begnadigungskommission gehört wurde. In einem Strafprozess wurden Jahre später, im Oktober 2016, schließlich mehrere ehemalige Soldaten für ihre Entführung und Vergewaltigung verurteilt. Das Urteil stellte zugleich die erste Verurteilung von ehemaligen Soldaten wegen Vergewaltigung im Kontext des bewaffneten Konfliktes dar. (6)

Anna Kohte hat mit Ernesto de la Jara über die Hürden bei der strafrechtlichen Aufarbeitung sexualisierter Gewalt und den Fall MMMB gesprochen (7).

Wie ist es zu erklären, dass es bisher zu derart wenigen Verurteilungen wegen Vergewaltigungen kam?

Ich würde sagen, dass die Menschenrechtsverletzungen, die am längsten gebraucht haben, aufgedeckt zu werden, die Vergewaltigungen waren.

Das Thema der Vergewaltigungen blieb lange im Verborgenen, da die Frauen selbst nicht darüber sprachen. Ein Problem war auch, dass diejenigen Frauen[, die hauptsächlich von der Gewalt betroffen waren,] in armen Verhältnissen und entlegenen Gegenden lebten und nicht wussten, welche Rechte sie hatten. [...] Niemand setzte sich für sie ein.

Später wurde auch bekannt, dass es eine Strategie des Militärs war, zu versuchen diejenigen Frauen zu heiraten, die eine Vergewaltigung anzeigten. Denn bis in die 90er Jahre wurde es nicht als Vergewaltigung gewertet, wenn die Frau den Vergewaltiger heiratete – nicht nur im Kontext des bewaffneten Konfliktes, sondern in jedem Kontext. Also haben viele versucht, diese schreckliche Gesetzgebung zu ihren Gunsten zu nutzen. Aber das Gesetz gibt es heute nicht mehr. [Anm. der Verfasserin: Die Straffreiheit durch spätere Heirat wurde 1997 abgeschafft. (8)]

Gibt es weitere Faktoren, welche die wenigen Fälle strafrechtlicher Verfolgung erklären?

1995 wurden die berühmten Amnestiegesetze während der Zeit von Fujimori erlassen. Diese waren wesentlich schlimmer als die Amnestiegesetze in Zentralamerika oder Argentinien, weil sie nicht einmal die Untersuchung der zugrundeliegenden Tatsachen zuließen. D.h. die Gesetzgebung untersagte nicht nur die Verurteilung sondern auch die Untersuchung der Fälle.

Erst im Jahr 2001 hat der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte im Fall Barrios Altos (9) erklärt, dass die Amnestiegesetze unwirksam sind. Die [Unwirksamkeit der Amnestien] gilt für alle Länder der Region. Erst danach wurden rechtliche Schritte möglich. Dann begannen die alltäglichen Probleme: Die Justiz dauert in allen Angelegenheiten furchtbar lange in Peru, umso länger dauert sie in einem Vergewaltigungsfall wie in der Gemeinschaft Manta und Vilca [Anm. der Verfasserin: dieser Fall wird derzeit (immer noch) verhandelt] oder in einem Fall wie dem von MMMB, selbst wenn sie durch Institutionen Unterstützung erhalten.

Zudem verliert die internationale Kooperation an Interesse. Ich habe immer gesagt, was für ein Wahnsinn das ist: in dem Moment, in dem in diesen Fällen ein Fortschritt gemacht werden kann [schwindet das Interesse daran]. Wir in IDL mussten von irgendwoher Geld bekommen, aber es gab keine Unterstützung mehr für strategische Prozessführung in Fällen von Menschenrechtsverletzungen, da wir schon in einer „anderen Epoche“ angelangt waren. Auch jetzt gibt es keinerlei Mittel. Dies schränkt [die Arbeit] sehr ein. Es gibt nur sehr wenige Anwälte und Anwältinnen, welche sich mit diesen Fällen befassen. Sie haben allgemein keine Mittel und niemand denkt sich: „Ich werde mich speziell der strafrechtlichen Verfolgung von Vergewaltigungen widmen“.

Wie kommt es, dass einige Frauen das Schweigen nach so langer Zeit brechen?

Mir passiert es immer noch, dass Personen, die ich seit dem Jahr 2000 sehe und mit welchen ich eine besondere Beziehung habe, weil wir uns während ihres Gefängnisaufenthaltes kennengelernt haben, plötzlich zu mir sagen „Doktor, ich habe es Ihnen nie erzählt, aber sie haben mich vergewaltigt.“

Und wie war es im Fall von MMMB?

MMMB sah ich immer [bei meinen Gefängnisbesuchen]. Sie war immer sehr aktiv und schaute mich nicht einmal an. Eines Tages fragte ich sie: „Und Sie wollen nicht mit einem Anwalt sprechen?“ Und sie sagte „Nein, warum? Ich werde hier [im Gefängnis] bleiben. Ich werde nicht rauskommen.“ Ich fragte sie ab und zu, bis sie eines Tages zustimmte, mit mir zu sprechen. [...] Also fing sie an, mir ihre Geschichte zu erzählen. Aber erst beim fünften oder sechsten Mal erzählte sie mir etwas Wesentliches: Dass sie mehrmals vergewaltigt worden war – durch mehrere Soldaten, mehrere Tage lang. Und dass sie eine Tochter hatte, welche durch die Vergewaltigung gezeugt worden war. Von Vergewaltigungen hatte ich schon oft gehört, aber das nicht.

Wie kam es, dass MMMB aus der Haft entlassen wurde?

Es wurde eine Begnadigungskommission aufgrund des internationalen und des nationalen Drucks eingerichtet. *[Anm. der Verfasserin: Die Kommission wurde im August 1996 geschaffen, um dem Präsidenten die Begnadigung von Personen vorzuschlagen, welche ohne die erforderlichen Beweise für Terrorismus oder Hochverrat verurteilt worden waren und von denen sich annehmen ließ, dass sie keine Verbindung zu einer terroristischen Organisation oder Taten hatten.]*

Ich legte den Fall der Begnadigungskommission vor, die sich aus sehr guten Leuten zusammensetzte: aus dem ersten Ombudsmann, Jorge Santistevan [de Noriega], Pater Hubert Lanssiers und Gino Costa (dem Exekutivsekretär). Es war also perfekt. [...] Schlussendlich empfahlen sie den Fall zur Begnadigung und sie wurde [1998] begnadigt. [...]

Wie erlebte MMMB die vielen Befragungen?

Ein Beispiel dafür, wie schwierig es dennoch ist, die spezifische Natur von Vergewaltigungsdelikten und dessen Auswirkungen auf die Opfer zu verstehen, ist die Tatsache, dass sogar in Fällen, in welchen die Behörden eine opfersensible Herangehensweise haben, Fehler gemacht werden. Ich erinnere mich an eine Befragung, der MMMB im Rahmen der Ermittlungen in ihrem Fall unterzogen wurde. Überraschenderweise wurde sie nur von Männern befragt, und sie gingen sehr detailliert darauf ein, ob es stimmte, dass sie vor der Vergewaltigung noch Jungfrau war, oder auf Einzelheiten der Tat selbst.

Wie ging es nach der Begnadigung für MMMB weiter?

Sie wollte eine strafrechtliche Verurteilung [gegen die Vergewaltiger] erreichen und gleichzeitig eine finanzielle Wiedergutmachung, weil sie sehr arm war. Das Urteil wurde erreicht, in welchem eine Gefängnisstrafe für einige, aber nicht für alle [Verantwortlichen] angeordnet wurde. Sie erlangte allerdings keine finanzielle Entschädigung durch den Staat. [...]

[Anm. Der Verfasserin: Eine Schwierigkeit neben vielen war, dass MMMB ihre Tochter nicht einem Vaterschaftstest unterziehen wollte – welcher eine eindeutige Bestimmung eines der Vergewaltiger bedeutet hätte – aus Angst, dass dieser dann das alleinige Sorgerecht erstreiten würde.]

MMMB arbeitete [nach ihrer Freilassung] als Lehrerin und war eine hervorragende Lehrerin. [...] Aber dann wurde dieses Gesetz [2017] erlassen, dass eine Person, welche wegen Terrorismus inhaftiert worden war, nicht mehr lehren darf. [...] Ihre wirtschaftliche Lage wurde dadurch sehr prekär und sie begann Reis anzubauen.

Ist zu erwarten, dass es zu einer weiteren strafrechtlichen Aufarbeitung der sexualisierten Gewalt gegen Frauen kommen wird?

Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass in allen Fällen willkürlicher Festnahmen, mit denen wir befasst waren, die Frauen vergewaltigt worden waren. [...]. Es gibt allerdings kein großes juristisches Team mehr. Wir hatten damals ein Team von 15 bis 20 Personen, die Vollzeit und landesweit in 18 Gefängnissen arbeiteten.

Heute gibt es drei Personen, die sich um alle Fälle kümmern. [...] Was heute mehr Aufmerksamkeit erhält – was ich nicht für schlecht erachte – ist die Erinnerungskultur [“memoria”]. Wir bei IDL haben jedoch beschlossen, dass wir uns in erster Linie um die rechtliche Aufarbeitung der Fälle kümmern.

Anna Kohte

Anmerkungen:

(1) Obwohl es auch Fälle von sexualisierter Gewalt gegen Männer gab, widmete die Wahrheitskommission das Kapitel explizit Frauen, welche hauptsächlich durch diese Form der Gewalt betroffen waren. Zum Zeitpunkt des Abschlussberichtes waren 527 Frauen und 11 Männer als Vergewaltigungsoffer/-überlebende namentlich registriert. Siehe Wahrheits- und Versöhnungskommission, Abschlussbericht, S. 273 u. 357. Heute geht die Coordinadora Nacional de Derechos Humanos von mind. 6000 Fällen aus.

(2) Abschlussbericht der “Comisión para el Esclarecimiento Histórico”, 1999, <<https://www.centrodememoriahistorica.gov.co/descargas/guatemala-memoria-silencio/guatemala-memoria-del-silencio.pdf>>. Zuletzt aufgerufen am 26. August 2023.

(3) Es ist ihr Wunsch, nicht mehr namentlich genannt zu werden.

(4) Wahrheits- und Versöhnungskommission, Abschlussbericht, S. 377ff.

(5) Wahrheits- und Versöhnungskommission, Abschlussbericht, S. 379.

(6) Siehe zu dem Urteil „Condena por violación sexual por parte de agentes del Estado durante el conflicto armado Perú : El caso de MMB“, 19. Februar 2020, <<http://blog.pucp.edu.pe/blog/marcelahuitaalegre/2020/02/19/condena-por-violacion-sexual-por-parte-de-agentes-del-estado-durante-el-conflicto-armado-peru-el-caso-mmb>>. Zuletzt aufgerufen am 26. August 2023.

(7) Das Interview wurde am 17. August 2023 aufgenommen. Es handelt sich um einen kleinen Ausschnitt des Interviews, welcher für diesen Beitrag gekürzt und übersetzt wurde.

(8) Die Straffreiheit wurde erst 1991 ausgeweitet (bei Gruppenvergewaltigungen reichte es ab 1991 aus, dass das Opfer einen der Täter heiratete) bevor die Straffreiheit durch Heirat 1997 abgeschafft wurde. Siehe Beatriz Merino Lucero, *Matrimonio y violación. El debate del artículo 178 del Código Penal Peruano*, Lima, 1997; Calvin Sims, “Justice in Peru: Victim Gets Rapist for a Husband”, *New York Times*, 12. März 1997, <www.nytimes.com/1997/03/12/world/justice-in-peru-victim-gets-rapist-for-a-husband.html>; Reuters, “Peru’s Congress Repeals Law Protecting Rapists”, *New York Times*, 5. April 1997, <www.nytimes.com/1997/04/05/world/peru-s-congress-repeals-law-protecting-rapists.html>. Zuletzt aufgerufen am 26. August 2023.

(9) Siehe für eine Zusammenfassung auf Englisch: https://iachr.ils.edu/sites/default/files/iachr/Cases/Barrios_Altos_v_Peru/benson_barrios_altos_v_peru.pdf. Zuletzt aufgerufen am 04. September 2023.

8. Die Töchter der Micaela Bastidas

Indigene Frauen standen zuvorderst bei den sozialen Protesten im Januar, Februar und Juli 2023 gegen Präsidentin Dina Boluarte und den Kongress.

Nach 200 Jahren republikanischen Lebens übernahm Dina Boluarte Zegarra durch Zufall die Präsidentschaft Perus. Dies geschah nach der Amtsenthebung und Inhaftierung des ehemaligen Präsidenten Pedro Castillo, der am 7. Dezember 2022 erfolglos angekündigt hatte, den Kongress aufzulösen, um eine "Ausnahmeregierung" einzusetzen.

Dina Boluarte, Ex-Parteimitglied der linksradikalen Partei Perú Libre, begann ihre Regierung mit dem Grundsatz, eine Regierung auf breiter Basis zu bilden sowie die Türen zum Dialog zu öffnen. Diese Versprechen wurden jedoch nicht erfüllt, woraufhin die Präsidentin beschloss, keine Neuwahlen für 2024 auszurufen, wie es der Volksmeinung entsprach. Infolgedessen rutschte sie immer weiter nach rechts, um in einem Bündnis mit rechten und rechtsextremen Parteien zwischen Exekutive und Legislative zu regieren.

Seit dem 7. Dezember 2022 erlebt Peru einen politischen und sozialen Zusammenbruch. Die Volksorganisationen im Landesinneren haben sich mobilisiert und ihr Recht auf Protest wahrgenommen, das von der Polizei und den peruanischen Streitkräften auf unmenschliche Weise unterdrückt wurde. Dieser Angriff der Regierung auf die Menschenrechte hinterlässt, nach Angaben der peruanischen Ombudsstelle, zwischen Dezember 2022 und Februar 2023 49 Tote und Tausende von Verletzten. Darunter Jugendliche, junge Menschen und Erwachsene, die Opfer von Gewalt wurden, die mit Erlaubnis der Regierung ausgeübt wurde. "Systematischer Rassismus, der seit Jahrzehnten in der peruanischen Gesellschaft und ihren Behörden verwurzelt ist, war die treibende Kraft hinter der Gewalt, die als Strafe gegen Gemeinschaften ausgeübt wird, die ihre Stimme erhoben haben", sagte Erika Guevara Rosas, Direktorin von Amnesty International für Nord- und Südamerika, nach der Veröffentlichung des Berichts von Amnesty International am 16. Februar 2023, in dem vor dem wahllosen Einsatz von Waffen gegen die Bevölkerung gewarnt wird, insbesondere gegen die indigene und bäuerliche Bevölkerung. (1)

Angeführt von Quechua- und Aymara-Frauen

Angesichts dieses schweren politischen Szenarios hat in Peru ein Kampf begonnen, angeführt von indigenen Quechua-, Aymara- und Bäuerinnen, die ihre Kinder, ihre landwirtschaftliche Arbeit und die Versorgung ihres Viehs zurückgelassen und ihre Marktstände geschlossen haben. Sie haben das Private aufgegeben, um sich an die Spitze des politischen Kampfes zu stellen, und sind aus den entlegensten Dörfern der südlichen Anden nach Lima gekommen, um den Rücktritt von Dina Boluarte, die Auflösung des Kongresses und eine verfassungsgebende Versammlung zu fordern. Bei den Demonstrationen fallen sie durch ihre bunten Röcke, ihre gewebten Llicllas, rechteckige

Tücher, die sie über den Schultern tragen, und ihre Hüte, die die Region kennzeichnen, aus der sie stammen, auf. Sie sprechen Quechua und Aymara, werden von ihren Basisorganisationen zusammengerufen und nicht aufhören zu kämpfen, bis Präsidentin Dina Boluarte gestürzt ist. Am 7. Dezember 2021 belog die noch damalige Vizepräsidentin und Ministerin für Entwicklung und soziale Inklusion die Bevölkerung von Juliaca bei einer offiziellen Veranstaltung von Präsident Pedro Castillo, als sie ihnen mit Nachdruck sagte: *“Wenn Präsident Pedro Castillo abgewählt wird, werde ich mit dem Präsidenten gehen”*. Für die Aymara-Völker und -Frauen wird es als Verrat angesehen, wenn Präsidentin Boluarte nicht zurücktritt. Dieses Volk wird von den Prinzipien des Inkareiches regiert, die bis heute die uralten Regeln des ethischen Zusammenlebens in ihren Gemeinschaften sind: ama llulla – sei kein Lügner, ama quella – sei nicht faul, ama sua – sei kein Dieb.

Diese Frauen wissen, dass der Kampf stark und langwierig ist, und sie haben an den drei bisherigen Demonstrationen, genannt „Übernahme von Lima“, teilgenommen. Sie kommen und gehen nach Lima mit ihren eigenen wirtschaftlichen Ressourcen, um politische Aufgaben zu übernehmen und ihre sozialen und politischen Forderungen sichtbar zu machen. Sie sind nicht nach Lima gekommen, um den Bau einer Straße, eines Abwassersystems oder einer Schule zu fordern, denn diese Forderungen sind von der Regierung vergessen worden. Heute kämpfen sie für ein gerechteres, inklusiveres politisches System, mit Parität und interkulturellen Alternativen.

Angesichts dieses ungeheuerlichen Versuchs, Proteste zu kriminalisieren wurde die Nationale Universität San Marcos mit einem Kampfpanzer gestürmt, um die Quechua- und Aymara Anführer und Aktivistinnen zu vertreiben, die aus den südlichen und südöstlichen Provinzen (Region Macrosur) nach Lima gekommen waren, um Gerechtigkeit für ihre ermordeten Brüder zu fordern. Bei der Razzia in der Universität am 20. Januar 2023 wurden die Studentinnen gezwungen, sich zu entkleiden, und in der Haft wurden sie unangemessenen Berührungen ausgesetzt. Die Verrechtlichung der Politik in Peru beschneidet die Rechte der BürgerInnen und tritt die fundamentalen und existenziellen Grundlagen einer Demokratie mit Füßen.

“Wir haben keine Angst vor der Polizei”

Die Aymara-Aktivistin Yuli del Pilar ist Anthropologin, Absolventin der Nationalen Universität des Altiplano und Mitglied der feministischen Organisation Auka Warmi, was auf Quechua “Kriegerin” bedeutet. Sie erfüllte in Lima verschiedene Aufgaben, insbesondere bei der Unterstützung der Gesundheitsbrigaden, bei der Ausbildung zur Entschärfung von Tränengasbomben und bei der Ersten Hilfe, damit die Quechua- und Aymara-Frauen sich während der Demonstrationen selbst versorgen konnten. *“Als Töchter und Enkelinnen dieser Kämpferinnen, die den Kampf begonnen haben, hatten wir das Privileg, uns selbst auszubilden. Wir haben unseren Beitrag geleistet, indem wir mehr Schwestern, von Mädchen bis zu älteren Erwachsenen, ermächtigt und ausgebildet haben, indem wir sie über ihre Rechte belehrt haben, warum wir das Land verteidigen müssen,*

warum wir uns verbessern müssen, dass Bildung grundlegend ist, aber ohne den Horizont zu verlieren“, sagte del Pilar in einem Interview.(2)

Das Erbe ihrer Vorfahren ist die Hoffnung für die Frauen der südlichen Anden, und mit voller Überzeugung protestieren sie weiter, tragen die Wiphala, die Fahne von Tawantinsuyo, skandieren Slogans, tanzen zum Rhythmus der Sikuris (Musiker, die Panflöte spielen) und singen das Lied “Dina asesina”, dessen Strophen lauten: *“Diese Demokratie ist keine Demokratie mehr, Dina asesina das Volk lehnt dich ab/ Wie viele Tote willst du, damit du zurücktrittst/ Millionengehälter für die Korrupten, Kugeln und Gewehre für unser Volk”*. Dieses Lied wurde von anonymen Musikern aus Puno und Juliaca komponiert und ist zur Hymne der Proteste in Peru geworden.

Die Präsidentin Edith Calisaya und die Aymara-Frauen der Organisation Bartolina Sisa (OMABASI) aus der Provinz Chucuito-Juli und der Provinz Collao-Ilave, Puno, waren ebenfalls bei den Protesten im Januar, März und Juli 2023 anwesend. Frauen, die sich von Bartolina Sisa, einer Aymara-Frau, inspirieren ließen, die am 5. September 1782 ermordet wurde, weil sie den Aufstand der Indigenen gegen das kolonialistische System und die Ausbeutung im 18. Jahrhundert initiierte. In einem Interview mit Kamina Sur TV sagten zwei Aymara-Frauen dieser Organisation: “Wir müssen gegen dieses System kämpfen, gegen diese drei Mächte, die Exekutive, die Legislative und die Judikative, denn sie sind diejenigen, die die Kontrolle haben... Das peruanische Volk sind Millionen, und so wie Micaela Bastidas, Tupac Amaru und Tupac Katari gekämpft haben, werden wir den Kampf fortsetzen. Tupac Katari sagte: *Ich werde sterben und Millionen werden kommen*“. Die zweite Aymara-Frau antwortete: “Wir haben keine Angst vor den Tränengasbomben oder der Polizei. Wir haben schon bei der ersten und zweiten Reise unter den Repressionen von Frau Boluarte gelitten. Frau Dina, wie lange wollen Sie Ihr Volk noch so behandeln? Sie müssen zur Seite treten...” (3)

Die Identität als Faktor der Anerkennung des Rechts auf politische Beteiligung und Wahlbeteiligung verstärkte die Mobilisierung der Quechua- und Aymara-Bevölkerung, in Lima zu bleiben und ihr Recht auf eine Volksabstimmung geltend zu machen. Eine Abstimmung, die durch die Vorwürfe des “Wahlbetrugs” der unterlegenen Kandidatin Keiko Fujimori in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen am 6. Juni 2021 in Frage gestellt wurde.

Die Vizepräsidentin Aurora Coronado von der Nationalen Föderation der Bäuerinnen, Handwerkerinnen, Indigenen, Ureinwohnerinnen und Angestellten Perus (FENMUCARINAP) hielt sich von Dezember 2022 bis März 2023 in Lima auf und koordinierte zusammen mit ihren Kolleginnen die Widerstandsaktivitäten, die in der Parteizentrale von Nuevo Perú in Lima stattfanden. Dort versammelten sie sich mit mehr als 50 Personen aus dem Süden des Landes. “Ich glaube, dass der Kampf für die Verteidigung der Demokratie, den Respekt vor der Stimme der Indigenen und der Bauern geführt wird, denn Präsident Pedro Castillo hat die Wahlen mit der Stimme von uns, den Indigenen und dem Volk gewonnen, und deshalb respektieren sie ihn nicht.” (4)



Proteste in Lima, Februar 2023. ©Vera Lentz

Rassismus gegen indigene Frauen: “schlimmer als Tiere”

Die Anwesenheit dieser Frauen in Lima ist Teil einer Tradition der politischen Beteiligung von Bäuerinnen und indigenen Frauen in der Region Puno. Sie sind Bürgerinnen, Gemeindemitglieder, die eine politische Antwort fordern, die von der Regierung nicht gehört wird. Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, wurden sie mit Tränengas zurückgedrängt. Sie wurden stigmatisiert und beleidigt, und zwar vom Bildungsminister selbst, der ihnen vorwarf, “schlimmer als Tiere” zu sein, weil sie ihre Kinder zu den Demonstrationen mitbrachten, und von einer Frauenministerin, die sie verurteilte, weil sie ihre Kinder ausgesetzt hatten. Wir wissen sehr wohl, dass indigene Frauen, Aymara- und Quechua-Bewohner ihre Kinder zur Arbeit mitnehmen, sowie zu Organisation, zu den Gemeinschaftsküchen und zu den verschiedenen Aktivitäten, denen sie nachgehen. Das Bild der Frau mit ihrer Lliclla, handgewebtes Schultertuch, und dem Kind auf dem Rücken ist eine Ikone, die jeder kennt und schätzt. Aber sie werden bestraft, weil sie sich nicht unterwerfen, sondern Stärke zeigen, weil sie nicht mehr schweigen und sich Gehör verschaffen, weil sie ihr Recht auf politische Teilhabe wahrnehmen und vom Schweigen zum Handeln übergegangen sind.

Die zwischenmenschlichen und sozialen Beziehungen der indigenen Quechua- und Aymara-Frauen orientieren sich an großen menschlichen Werten wie Solidarität, Gerechtigkeit, Teilhabe, Gemeinwohl, Zuneigung usw. Der Kult der *Pachamama* und der Totenkult sind die angestammten Säulen der Aymara-Religiosität, weshalb sie bei den friedlichen Märschen mit einer Stimme laut rufen: *“Das vergossene Blut wird niemals vergessen werden”*. Am 9. Januar 2023 wurden nur in der Stadt Juliaca 18 Menschen getötet (AI, 11.1.23), viele von ihnen hatten nicht einmal an dem Marsch teilgenommen, sondern waren nur Passanten oder dabei den Verwundeten zu helfen. Die Solidarität mit ihren Brüdern in den südlichen Anden, die ebenfalls in den Regionen Ayacucho, Puno, Abancay, Cusco und Arequipa ermordet wurden, ist ein Zeichen der Einheit, der Brüderlichkeit und des Kampfes für Gerechtigkeit.

Die Aymara-Umweltaktivistin und Sekretärin der Frauenfront der Volksorganisationen von Puno, Maruja Inquilla, ist Anhängerin des Ex-Präsidenten Castillo. Sie mit ihren Kampfgefährten leisten weiterhin Widerstand gegen die tägliche Verfolgung durch die Polizei, der sie im Juli 2023 auf der Plaza San Martin zum Opfer fielen. Ihre Forderungen sind eine Kritik an der gleichgültigen Haltung der Präsidentin Boluarte, die nach 9 Monaten Kampf nicht zurücktritt. Die Arroganz und das Leugnen der Regierung angesichts der Berichte von Amnesty International, Human Rights Watch und der interamerikanischen Menschenrechtskommission können die Bevölkerung nicht länger täuschen. Der Kampf geht weiter, sagt Fr. Inquilla in einem Interview mit Kamina Sur TV: *“Nachdem sie unsere Brüder umgebracht haben, nennen sie uns Terroristen, Banditen, faule Menschen, das tut weh. Mit welchem Geld werden diese Straßen und die elektrische Eisenbahn gebaut, mit welchem Geld verhandeln sie darüber, sind das nicht etwa die Ressourcen unseres Volkes? Und unsere Dörfer und Flüsse sind verschmutzt. In meinem Land gibt es kein Wasser und kein Abwasser, der Fluss ist mit Schwermetallen von transnationalen Unternehmen verseucht, wir können dazu nicht schweigen, unterstützt uns, lasst uns alle zusammenarbeiten, um Dina Boularte loszuwerden. [...] Die Brüder in Lima müssen aufwachen, wir belästigen sie nicht, aber wir akzeptieren keine Korruption, keine Lügen, das ist unsere Kultur, denn wir haben Prinzipien und Werte...”*(5)

Gut organisierte Aymara-Frauen

Die Aymara-Frauen haben ein Organisations- und Kommunikationsnetz über die indigenen Kommunikatorinnen der Region Puno, wie die Union der Aymara-Frauen von ABYA YALA (UMA-REDCIRP), vertreten durch die Präsidentin Rosa Palomino, die bereits im Alter von 16 Jahren Sozialarbeit in ihrer Gemeinde leistete und seit 1988 als Kommunikatorin tätig ist. *„Die UMA ist eine Organisation, die sich durch ihre kulturelle Identität und ihre Muttersprache auszeichnet und in der die Führungsrolle der Aymara-Frauen in verschiedenen Bereichen gefördert wird.”* (6)

Über Radio UMA, das in der Aymara-Sprache sendet, haben sich junge Aymara-Frauen dem Projekt angeschlossen, die aufs Land gehen und sich über die Probleme der Gemeinden,

Viehzüchter und Bäuerinnen von Puno informieren. Zum Thema Gender wird die erzieherische Rolle gestärkt, und in den Gemeinden werden Workshops über die Rechte der indigenen Frauen, Gewalt gegen Frauen und Empowerment abgehalten. Sie führen das Erbe der von ihren Aymara-Müttern begonnenen Arbeit zur Verteidigung ihrer Identität und ihres Territoriums fort.

Der Widerstand der indigenen, Quechua- und Aymara-Frauen gegen das autoritäre Regime der Präsidentin Boluarte folgt dem Beispiel der in Cusco geborenen Micaela Bastidas, die zusammen mit Tupac Amaru II. den großen Aufstand von 1780 anführte, um die koloniale Ausbeutung, Unterdrückung und Misshandlung der indigenen Frauen zu beenden.

“Erinnern wir uns an die mythische Aymara-Heldin Rita Puma Justo, die Märtyrerin der Tawantinsuyanischen Republik, die für die Verwirklichung der Utopie der Anden kämpfte. In ihrem mühsamen Kampf gegen die Land- und Viehdiebe begaben sich die Anführer nach Lima, um sich mit Augusto B. Leguía zu treffen, der ihnen kein Gehör schenkte. Damals beschlossen Rita und andere Anführer, in der Rebellion von Wancho-Lima zu protestieren und einen Gründungstraum zu verwirklichen: eine neue peruanische Hauptstadt im Hochland von Puno am Ufer des heiligen Sees der Inkas. Später wurde sie gefangen genommen, ausgepeitscht, geschlagen, abgeschlachtet und am 9. Januar 1924 zusammen mit 198 Bauern auf der Plaza de Armas von Moho erhängt. Rita Puma ist jedoch ein lebendiger Mythos, der im Gedächtnis des Aymara-Volkes verankert ist, und ihr Beispiel regt den Kampf der Völker und Gemeinschaften Perus an (Zeitung *La República*, 29. Januar 2023, S. 12).“ (7)

Wie Micaela Bastidas in Cusco und Rita Puma in Puno gehen die Frauen von heute, Arbeiterinnen, Hausfrauen, Studentinnen, Feministinnen und Quechua- und Aymara Frauen auf die Straße, um gegen eine illegitime und patriarchalische autoritäre Regierung zu kämpfen. Die indigenen Frauen, die für die Demokratie kämpfen, sind eine Stimme der Hoffnung in Peru für die kommenden Generationen.

Dr. Norma Driever, Vorstandsfrau der Informationsstelle Peru e.V.

Anmerkungen:

(1) <https://www.amnesty.org/es/latest/news/2023/02/peru-lethal-state-repression/>

(2) Yuli der Pilar in einem Interview mit El Salto: www.elsaltodiario.com/pe

(3) Bartolina Sisa-Frauen in Interview: www.youtube.com/watch?v=y1_mL5gHYx4

(4) www.elsaltodiario.com/peru/indigenas-campesinas-peru-resisten-lima-protostar-de-sigualdad

(5) Maruja Inquilla in Interview: www.youtube.com/watch?v=AXGIS-ZqKtU

(6) <https://umaperu.org/quienes-somos-union-de-mujeres-aymaras-del-abya-yala/>

(7) www.noticiasser.pe/insurgencia-ciudadana-y-protagonismo-de-las-mujeres-andinas



Anke Kaulard in einem Workshop in einer Gemeinde in San Martin ©Anke Kaulard privat

9. “Wir müssen Schokolade als Kunstwerk sehen”

Ein Gespräch mit Anke Kaulard darüber, wie eine nachhaltige lokale Entwicklung im Amazonasgebiet aussehen kann.

Anke Kaulard forscht seit vielen Jahren zu Wertschöpfungsketten in der Region San Martin im nördlichen Amazonasgebiet Perus. Die promovierte Soziologin ist zudem eine tatkräftige Förderin der Herstellung und des Vertriebs einheimischer Schokolade.

Das Departement San Martin galt früher als die „grüne Region“ Perus. Wie kommt San Martin zu dieser Bezeichnung und ist dies heute immer noch so?

Der Titel der „grünen Region“ stammt aus der Zeit, als Cesar Villanueva Regionalpräsident war (2007 – 2013). Villanueva war sehr gut vernetzt mit großen Umwelt-NROs und hat ein fittes junges Team in seine Regierung geholt. Mit seiner Gruppierung „Nueva Amazonía“ hat er verschiedene Instrumente des Umweltschutzes eingeführt, wie z.B. die regionalen Naturschutzgebiete. Er war erfolgreich: San Martin hat den Grad der fortschreitenden Entwaldung verringern können. Villanueva hat auch die Anti-Drogen-Politik von USAID in die Schranken gewiesen und

auf nachhaltige Anbaumethoden gepocht. Heute ist San Martin Peru weltweit einer der größten Produzenten von organischem Kakao und Kaffee.

Villanuevas Nachfolger in der Regionalregierung haben die umweltpolitischen Maßnahmen nur eingeschränkt fortgeführt.

(Cesar Villanueva wurde wegen seiner erfolgreichen Amtszeit in San Martin zweimal als Premierminister nach Lima geholt: 2013-2014 unter Ollanta Humala und 2018-2019 unter Martin Vizcarra. 2019 wurde er wegen der Annahme von Wahlkampfgeldern vom Bauunternehmen Odebrecht zu 18 Monaten Untersuchungshaft verurteilt, d.Red.)

Du hast in Deiner Dissertation die lokale Entwicklung von zwei Gemeinden in San Martin untersucht. Welche Unterschiede konntest Du feststellen?

Die eine Gemeinde, Chazuta, war sehr geschickt, ihre lokalen Vorteile auszubauen und zu potenzieren. Selbst der Nachteil der schlechten Straßenanbindung nach Tarapoto, geriet zum Vorteil: dadurch, dass sie den Kakao schlecht transportieren konnten, haben sie ihn im Ort selbst



Anke Kaulard präsentiert Schokolade aus San Martin in Deutschland ©Anke Kaulard privat

weiterverarbeitet. Sei es zu Schokolade oder zu kosmetischen Produkten. Die andere Gemeinde – Picota – lag dagegen an einer Hauptstrasse nach Tarapoto. Sie schickten ihren Kakao wie immer über Zwischenhändler nach Tarapoto und verarbeiteten ihn nicht selbst weiter. Nur die Leute des weiter abgelegenen Chazuta nutzten die Kurse zur Schokoladenherstellung, die die peruanische Antidrogenbehörde DEVIDA mit Unterstützung von USAID in beiden Dörfern abhielt.

Wie kann eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung im peruanischen Amazonasgebiet aussehen?

In Chazuta setzen die Bewohner auf Nischenmärkte, für den sie keine Bäume fällen müssen: Schmuck aus Samen aus dem Regenwald; Taschen aus Rohkautschuk oder Tinkturen aus heimischen Heilpflanzen. Mit ihren kunsthandwerklichen Produkten zielen

die Leute von Chazuta auf den peruanischen fairen Markt ab, z.B. über sogenannte Öko-Messen oder Öko-Läden in Lima. Die Produkte aus dem Agroforstsystem wie Kakao oder Kaffee sind skalierbar. Aber bisher verkaufen die Leute aus Chazuta ihre Waren in Nischenmärkten in Peru.

Am 31. Dezember 2024 tritt die neue Entwaldungsnorm der Europäischen Union in Kraft. Dann darf auch Peru nur noch Kaffee, Kakao, Palmöl, Kautschuk und Holz in die EU exportieren, für deren Produktion nachweislich kein neuer Wald geschlagen wurde. Wie diskutieren die Kaffee- und Kakaobauern in San Martin diese neue Norm?

Ich habe mit vielen Kakaoproduzentinnen gesprochen. Die meisten fühlen sich überrumpelt: eine Auflage mehr, die ihnen das Leben schwer macht.

Die Norm ist an sich gut, aber es ist erstaunlich, wie wenig die EU die Kleinbauern im vornherein konsultiert hat. Damit hat sie auch die Initiativen nicht einbezogen, die es vor Ort schon seit Jahren gibt, um die Entwaldung zu stoppen. Zum Teil werden diese Initiativen von der EU selbst finanziert.

Ein Problem ist, wie die Bauern technisch – mittels GPS-Koordinaten – nachweisen können, woher ihr Produkt genau stammt. Die großen Kooperativen sind diesbezüglich gut ausgerüstet, aber kleine Kooperativen sind noch nicht so weit.

Wie soll sich der deutsche Konsument oder die Konsumentin nun verhalten?

Weniger Fleisch und mehr Schokolade essen! Und wenn Schokolade, dann eine, mit einer möglichst direkten Lieferkette, ohne Zwischenhändler. Das bedeutet dann aber auch, dass man fünf Euro für eine Tafel Schokolade zahlt, die bei Aldi 50 Cent kostet.

Schokolade darf kein Massenprodukt mehr sein, sondern der Konsument sollte sie als Kunstwerk sehen, für das er dann auch mehr ausgibt. Der Kakao-Anteil in der Schokolade ist dann so hoch, dass man nur wenig davon isst. Und für den Produzenten bedeuten diese fünf Euro Einkommen sehr viel!

Das Interview führte Hildegard Willer

10. Fotostrecke: Zu Besuch in Perus reichster Gemeinde

Die Stadt Freiburg unterhält eine Klimapartnerschaft mit der Provinz La Convención im Tiefland von Cusco. Zur Provinz gehört auch der Distrikt Megantoni, in dem die Gasfelder von Camisea liegen, eines der größten Gasvorkommen in ganz Amerika. Seit 2004 wird hier Gas gewonnen. Aufgrund der Einnahmen aus den Abgaben der Gasunternehmen ist Megantoni einer der reichsten Distrikte Perus. Dennoch lebt die Bevölkerung in den indigenen Gemeinden in großer Armut. So sind 86% nicht an die Wasserversorgung angeschlossen, das Gesundheitssystem ist schlecht. Die Einnahmen aus dem Canón werden falsch investiert oder veruntreut, klagen Vertreter*innen der Gemeinden.

Im Rahmen meiner Perureise im September habe ich mich auch auf die lange und erfahrungsreiche Reise nach Megantoni begeben und verschiedene indigene Gemeinden besucht.

Begleitet hat mich u.a. der Fotograf Victor Mallqui, der im Auftrag des Centro Bartolomé de las Casas unterwegs war. Wir bedanken uns sehr herzlich, dass wir seine eindrucksvollen Fotos hier veröffentlichen dürfen.

Fotos: Victor Mallqui, © Centro Bartolomé de Las Casas, Annette Brox

Texte: Annette Brox



Von der Provinzhauptstadt Quillabamba aus kommen wir nach fünfstündiger Busfahrt entlang des Urubamba-Flusses in Ivochote an. Hier geht es nur noch mit dem Boot weiter. Fünf bis sechs Stunden dauert die Bootsfahrt zur Distrikthauptstadt Camisea. Die Provinzverwaltung will hier eine Straße bauen, damit Megantonschneller und sicherer zu erreichen ist. Die indigene Organisation COMARU lehnt das Projekt ab, da die Straße nach jetziger Planung durch Schutzgebiete führt und diese zerstört. Die vorgeschriebene Vorabkonsultation und Beteiligung der indigenen Gemeinden habe nicht stattgefunden, kritisiert Agilio Semperi, Präsident von COMARU. Die Erfahrung aus anderen Gebieten zeige, dass Straßenbau immer neue Eindringlinge in den Regenwald anziehe. Durch den erleichterten Zugang werden weiterer illegaler Holzeinschlag und Drogenhandel begünstigt. ©Victor Mallqui



Zwischen Ivochote und Camisea führt die Bootsfahrt durch den Pongo de Mainique. Hier schlängelt sich der Urumbamba auf drei Kilometer Länge in engen Flussbiegungen an hohen zerklüfteten Felsen entlang – ein faszinierendes Naturschauspiel. Der Pongo ist für das Volk der Matsigenka heilig. Sie bringen ihm ein Opfer dar, bevor sie die gefährliche Engstelle passieren. Nach Durchquerung des Pongos lässt man die Cordillera de Vilcabamba endgültig hinter sich und ist im flachen Tiefland des Unteren Urubamba angelangt. ©Annette Brox



Das Wasser des Urubamba ist verschmutzt, es gibt viel weniger Fischer als früher, sagen die Anwohner*innen, die vom Fischfang leben. Indigene Vertreter machen hierfür die Schiffe des Gasunternehmens Camisea verantwortlich. Sie beklagen, dass die indigenen Gemeinden von den hohen Gewinnen nicht profitieren, dafür aber unter den Umweltauswirkungen leiden. ©Victor Mallqui



Entlang des Flusses sieht man immer wieder kleine Waldbrände. Für die landwirtschaftliche Nutzung werden bestehende Felder, Büsche und Bäume abgebrannt, um sie für neuen Anbau nutzbar zu machen. ©Victor Mallqui



Der Klimawandel macht sich in Megantoni bereits bemerkbar – vor allem durch vermehrte Trockenheit. Der Wasserpegel des Urubamba ist so niedrig wie nie. Das macht die Bootsfahrten schwieriger, langwieriger und gefährlicher. ©Victor Mallqui



Während Peru von der Corona-Pandemie extrem stark betroffen war und die höchste Todesrate weltweit zu beklagen hatte, gab es in Megantoni nur wenige Kranke und kaum Tote. Das Virus wurde mit einheimischen Heilpflanzen erfolgreich bekämpft. In vielen Gemeinden haben sich Initiativen gebildet, die mit ihrem Wissen über Heilpflanzen und der Einrichtung von kleinen Behandlungszentren erfolgreich waren. ©Annette Brox



FECONAYY veranstaltet ein Fest zum Internationalen Tag der indigenen Frau am 5. September. Die Organisation vertritt zwar offiziell das Volk der Yine Yami, hat aber Vertreterinnen aller sieben indigenen Völker, die im Distrikt leben, eingeladen. ©Victor Mallqui

11. Das Leben ist kein langer, ruhiger Fluss

Wo Perus Regenwald an Kolumbien grenzt: Ein Besuch bei den indigenen Gemeinschaften des Putumayo

Mehr als 100 Jahre ist es her, dass die Region am Fluss Putumayo, im peruanischen Amazonasdepartement Loreto und im benachbarten kolumbianischen Caquetá gelegen, Schauplatz unglaublicher Grausamkeiten und Tragödien während des Kautschukbooms war [\[1\]](#)



Der Fluss Putumayo nahe der Ortschaft "Estrecho" ©Dominikus Rothkopf

Die Schrecken des vergangenen Kautschukfiebers

Zigtausende, wenn nicht Hunderttausende (die Zahlenangaben in den Quellen variieren stark) der damals dort lebenden Bora, Ocaina und Huitoto verloren unter der Terrorherrschaft der Kautschukbarone, insbesondere des Peruaners Julio C. Arana, ihr Leben. Die blutbesudelte Kautschuk-Ausbeute ging an die industriellen Zentren in Europa und den USA. Die "Casa Arana", die im kolumbianisch-peruanischen Krieg (1932/33) ihr Zentrum von La Chorrera in Kolumbien nach Peru verlegen musste und dabei unzählige indigene Sklavinnen und Sklaven an den Putumayo und den Ampiyacu in Loreto verschleppte, war ab 1907 an der Londoner Börse notiert.

Weltweiter Aufschrei gegen die Zustände am Putumayo

Die Weltöffentlichkeit wurde der Horrorszenarien in dieser entlegenen Region gewahr, als der britische Konsul Roger Casement zusammen mit dem US-Amerikaner Walter Hardenburg 1910/1911 die Region bereiste und, wie zuvor am Kongo, die Zustände und Geschehnisse anprangerte. [\[2\]](#) Die Berichte verbreiteten sich weltweit und wurden zum Skandal, selbst in einer

Welt, in der sich Imperien holten, was sie wollten und sich die Kolonialherren eigentlich nicht darum scherten, wie es den Kolonisierten erging.

Gleichzeitig bricht der Weltmarkt für Kautschuk ein, weil Kautschukplantagen in anderen Regionen der Welt angelegt werden konnten. Durch den Beginn des 1. Weltkriegs stoppt die britische Justiz die Verfolgung der Verbrechen; auch in Peru werden nach Untersuchungen letztendlich keine strafrechtlichen Maßnahmen gegen den Kautschukbaron Arana unternommen. [3] Die Putumayo-Region in Peru gerät wieder in Vergessenheit für die Weltöffentlichkeit, fernab der großen Zentren.

Hundert Jahre nach dem Kautschukboom: Ein Besuch in Mairidicai

2022 besuchten wir die indigene Gemeinschaft Mairidicai, die kleinste der indigenen Gemeinschaften auf der peruanischen Seite des Putumayo. Sie liegt ganz in der Nähe des Ortes San Antonio del Estrecho mit seinem Militärstützpunkt, der von Iquitos aus regelmäßig mit Kleinflugzeugen angefliegen wird. In Mairidicai leben heute an die 160 Menschen, die den Murui (Huitoto), Bora, Ocaina, Kichwa, Majuna und Secoya angehören. Wir führten Gespräche mit Menschen, die noch heute schwer an den kollektiven Erinnerungen und dem Fehlen jeglicher Unterstützung zur Überwindung der Traumata und zur Kompensation für die erlittenen Gräueltaten zu tragen haben.

Wir müssen uns vergegenwärtigen: Neben Peitschenschlägen, Prügeln, ausgeklügelten Foltern, Vergewaltigungen usw. wurden ganze Gemeinschaften auseinandergerissen. Teile von Familien wurden auf die Latifundien nach Peru verschleppt; die Aufpasser teilten deren Töchter und Frauen anderen verschleppten Männern zu. Diese gehörten oftmals verfeindeten indigenen Völkern an, die Frauen mussten fortan mit ihnen leben. Aufseher und Kautschukbarone verfügten außerdem über indigene Frauen, wie es ihnen beliebte. [4]

Ein Heilungsritus für die Welt

2021 erhielt die deutsche Organisation [INFOE e.V.](#) (zu der wir gehören) über den Cacique (Dorfvorsteher) eine Projektskizze, die sich auf die Traumata der Frauen aus der Kautschukzeit bezieht und deshalb den Namen *Aya+ra* trägt. *Aya+ra* sind die Gesänge der Frauen bei bestimmten rituellen Tänzen im Gemeinschaftshaus der Murui, die zusammen mit den Gesängen der Männer die Tänze vervollständigen. Die bisher zu den Geschehnissen während der Kautschukzeit weitgehend ungehörten Stimmen der Frauen sollen aufgezeichnet und von Gemeinschaft zu Gemeinschaft am Putumayo getragen und damit die Verarbeitung und Heilung eingeleitet werden. [5]

Um Heilung, erzählt man* uns, geht es auch in den Tänzen in der Maloca, dem Gemeinschaftshaus. Heilung vor Ort am Putumayo und Heilung der Welt, die mit ihren großen

Krisen und einer endlosen Abfolge von Mord, Gewalt und Ausbeutung am Rand des Abgrunds steht. Während das Entsetzen über die real existierenden weltweiten Veränderungen, Verbrechen und Katastrophen um sich greift, haben Politik und Wissenschaften den Amazonasraum schon lange als "die Lunge der Welt" ausgemacht. Noch nicht so sehr ist bewusst, dass er eben auch das Herz der Welt ist, dessen Puls sozusagen das Wasser weltweit zirkulieren lässt. [6]



Die Autorin Elke Falley-Rothkopf bei Gesprächen im Gemeinschaftshaus Maloca. ©Dominikus Rothkopf

Ein Teil der „Lunge der Welt“

Indes sind schon viele Vorstellungen dazu vorhanden, wie Wald und biologische Vielfalt erhalten werden sollen. Eine Idee ist es, bis 2030 (allerdings weltweit und sowohl an Land als auch auf dem Meer) 30 % der Flächen als Naturschutzgebiete auszuweisen [7].

Der Putumayo und seine Region wird dabei eher pauschal unter "Amazonien" abgehandelt und macht in den Medien vor allem mit den Berichten von den Morden an indigenen Führungspersonlichkeiten auf kolumbianischer Seite von sich hören. Dabei handelt es sich um ein riesiges Gebiet mit großen, noch intakten Wäldern. Auf 1270 km von ca. 2060 km Länge insgesamt – von Flusskilometer 1690 bis Flusskilometer 420 – verläuft der Putumayo als Grenzfluss zwischen dem heutigen Peru und Kolumbien; auf brasilianischem Staatsgebiet mündet er unter dem Namen Río Içá in den eigentlichen Amazonas. [8]

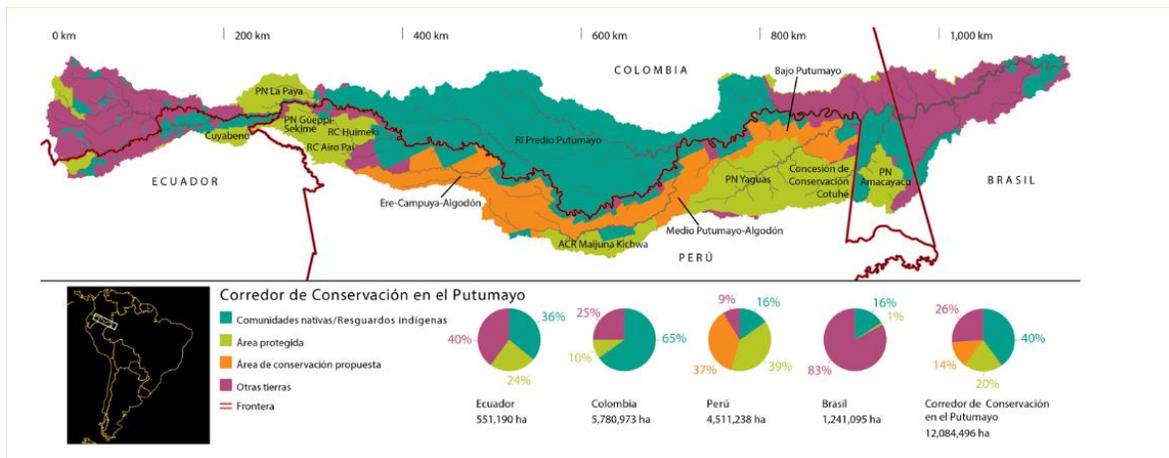
Naturschutzgebiete im Putumayo

Das Gebiet um den Putumayo besitzt eine sehr hohe biologische Vielfalt und allein 8 Naturschutzgebiete mit unterschiedlichem Status auf peruanischer Seite befinden sich hier, bzw. sind in der Entstehung:

- 2018 wurde der Nationalpark Yaguas eingerichtet. Er erstreckt sich über 868,927.84 ha am unteren Putumayo und hat die höchste Anzahl an in Gewässern lebenden Spezies.[\[9\]](#) Weite Teile des Nationalparks Yaguas sind Sümpfe. Sümpfe binden ein vielfaches an klimaschädlichen Gasen im Vergleich zu "normalen" Wäldern – was sie für den Handel mit CO2-Zertifikaten übrigens besonders interessant macht.
- Der Parque Nacional Guëppí-Sekime umfasst 203.628,51 ha, zu denen weitläufige Überschwemmungsgebiete, Hügel- und Terrassenlandschaften mit besonders hoher Pflanzenvielfalt gehören.
- Die Reserva Comunal Airo Pai ist ein gemeinschaftlich verwaltetes Naturschutzgebiet von 247 887,59 ha tropischen Regenwäldern und Übergangsbereichen.
- Die Reserva Comunal Humeiki (141,234,46 ha) dient Zugvögeln aus z.B. Argentinien und Chile als nahrungsreiches Rastgebiet auf dem Weg in die nördliche Hemisphäre.
- Das projektierte regionale Naturschutzgebiet Medio Putumayo – Algodón soll sich über 413,583 ha Wald erstrecken, der als sog. Kohlenstoffsенке (also CO2-Speicher) eine hohe biologische Diversität aufweist.
- Ebenfalls projektiert ist die Área de Conservación Regional Eré – Campuya-Algodón, über ca. 900,172 ha, während
- am Unteren Putumayo die Reserva Comunal Bajo Putumayo mit mehr als 350,000 ha Fläche entstehen soll.
- Dazu kommt das Territorio PIACI Pupuña, welches die in diesem Urwaldgebiet isoliert oder in anfänglichem Kontakt lebenden Völker schützen soll.

Insgesamt soll der "Corredor biocultural Putumayo" vom Oberlauf des Putumayo bis zur Mündung desselben in den Río Içá auf beiden Seiten des Flusses 12 Millionen ha und damit 1.7% des gesamten Amazonasgebiets umfassen.[\[10\]](#)

Er berührt damit kolumbianisches, ecuadorianisches, peruanisches und brasilianisches Staatsgebiet. Auf kolumbianischer Seite ist das *Resguardo Indígena Predio Putumayo* mit 5.869.447 ha [\[11\]](#) Bestandteil dieses biologisch-kulturellen Korridors. Ein *Resguardo* in Kolumbien hat einen besonderen Rechtsstatus – am ehesten mit einer "Indian Reservation" in den USA zu vergleichen – der mehr Rechte vorsieht, als vergleichbare Gebiete in Südamerika.[\[12\]](#)



(Quelle: <https://www.corredorputumayo.com/el-corredor>)

Auf der Karte zum Corredor Putumayo sieht man* sehr anschaulich die Größe dieses Gebietes unter indigener Verwaltung. Im Vergleich dazu sind ebenfalls blau markiert die indigenen Gemeinschaften entlang des Putumayo auf peruanischer Seite zu erkennen. Für ein genaueres Bild kann man* den *Atlas de Comunidades Nativas y Áreas Protegidas del Nordeste de la Amazonía Peruana* des [Instituto del Bien Común](#) hinzuziehen.[13] Diese Comunidades Nativas wurden seit 1997 anerkannt. Demnach lebten im Jahr 2010 in den 23 Comunidades Nativas des Oberen Putumayo 2249 Personen auf einer Fläche von 292.191 ha[14]; am Mittleren und Unteren Putumayo auf peruanischer Seite lebten in 22 indigenen Gemeinschaften 1590 Personen (257 Familien) auf einer demarkierten Fläche von rd. 245.421 ha[15]. Dazu kommen noch die beiden gemeinschaftlich verwalteten Schutzgebiete Airo Pai und Humeiki, sowie künftig die *Reserva Comunal Bajo Putumayo* – insgesamt fast 740.000 ha.

Zunächst einmal erscheinen diese Flächenangaben für die geringe Bevölkerungszahl nicht gering. Dazu kommen die beiden gemeinschaftlich verwalteten Schutzgebiete. Zu bedenken ist aber, dass die Bevölkerung wächst – tatsächlich erhöht sich sogar der Druck. Die indigene Gemeinschaft Mairidicai wächst auch durch Migration. Andere Gemeinschaften am Putumayo verlassen ihr Gebiet wegen Jagdbeschränkungen und grundsätzlich geringen Einkommensmöglichkeiten; Zuwandernde möchten hier Viehhaltung betreiben. Und die Böden in Amazonien sind aufgrund ihrer geohistorischen Besonderheiten und den klimatischen Extremen nur scheinbar fruchtbar, aber in Wirklichkeit abhängig von einem weltweit einzigartigen Wasser- und Nährstoffkreislauf, der bei Überbewirtschaftung usw. empfindlich gestört und zerstört werden kann.[16] Für den *Resguardo Indígena Predio Putumayo* gibt die Organisation Amerikanischer Staaten[17] 1989 (?) eine Einwohnerzahl von 10.335 Personen an. Auch in dieser leben die Menschen in bitterer Armut und in Gefahr. [18] Der *Resguardo Indígena Predio Putumayo* ist aber ein zusammenhängendes Gebiet unter indigener Verwaltung.

Ein grosses Problem: Drogenhandel

Über die Grenze mit Kolumbien kommen vielerlei Bedrohungen auf die indigenen Gemeinschaften auf peruanischer Seite zu: Letztes und dieses Jahr häufen sich die Berichte über die von kolumbianischen und wohl auch mexikanischen Drogenkartellen verübten Gewalttaten. In Gesprächen mit indigenen RepräsentantInnen, wird beklagt, dass die Banden Jugendliche aus den Comunidades zur Mitarbeit in den Drogenlaboren auf kolumbianischer Seite zwingen oder sie, wohlwissend um die katastrophale Einkommenssituation in den indigenen Gemeinschaften, anwerben. Es gibt Fotos mit Kindern, die mit aus Holz nachgebauten "modernen" Waffen das Leben als Angehöriger der Drogenbanden nachspielen.[\[19\]](#) Ein Bericht aus der kleinen Provinzhauptstadt Estrecho schildert ebenfalls anschaulich das Leben unter der Gefahr durch die Drogenkriminalität.[\[20\]](#)

Während der Wald am Putumayo auch auf den Karten von [RAISG](#) noch als intakt angezeigt wird, bedroht hier dennoch der illegale und (mehr oder minder) legale Holzeinschlag die Wälder. [\[21\]](#)

Von Holzhändlern übervorteilt

EinwohnerInnen aus indigenen Dörfern berichten, wie sie des nachts am Fluss beobachten, wie Holz im Uferbereich von schnellen Booten aufgesammelt und fortgebracht wird. Das peruanische Gesetz über die indigenen Gemeinschaften (D.L. 22175) von 1978 und die zugehörige Verordnung (D.S. 003-79-AA) von 1979 erkennen die rechtliche Existenz und die Rechtspersönlichkeit der Indigenengemeinschaften an und regeln unter anderem die Anerkennung, Abgrenzung und Titulierung des Eigentums an landwirtschaftlichen Flächen sowie die Erteilung von Konzessionsverträgen für die forstwirtschaftliche Nutzung von Flächen, die für diese Zwecke genutzt werden können.[\[22\]](#)

Indigene Organisationen klagen jedoch an, dass Holzfirmen Einfluss in den Dörfern nehmen, ihnen oder Einzelpersonen aus diesen Gemeinschaften z.B. Geld bieten, damit diese Gemeinschaften Holz an die Firmen liefern. Wenn dann die Forstbehörden die Übernutzung des Waldes feststellen, müssen die Gemeinschaften Strafen zahlen und bleiben verschuldet, während die Holzfirmen als Auftraggeber und letztendliche Nutznießer unbehelligt und/oder unbemerkt bleiben.

Eine neue Strasse zum Putumayo

Eine weitere Gefahr für den Wald und die indigenen Gemeinschaften geht von der geplanten Straße aus, die eine Fortsetzung der in Iquitos gebauten Brücke über den Río Nanay darstellt und Iquitos mit San Antonio del Estrecho am Putumayo verbinden soll.[\[23\]](#) Tatsächlich stehen mehrere Trassen zur Debatte, eine Trasse würde von Puerto Belaúnde (zuvor Puerto Arica) am Napo zur indigenen Gemeinschaft Flor de Agosto am Putumayo führen. Befürworter der Straße(n) – die es

auch in den indigenen Gemeinschaften gibt – hoffen auf die bessere Anbindung und damit bessere Absatzmöglichkeiten für Produkte der Region, bessere Erreichbarkeit medizinischer Versorgungszentren und von Bildungseinrichtungen, Arbeitsplätze usw. Gleichzeitig steht zu befürchten, dass über die Straße, wie in so vielen Regionen schon geschehen, auch Kriminalität, Prostitution, Zuwanderung und illegaler Holzeinschlag exponentiell zunehmen.

Am 17. April 2023 haben sich die indigenen Organisationen FECONAFROPU, ORPIO und AIDSESEP zusammen mit der Nichtregierungsorganisation DAR wegen der Verletzung des Rechts auf freie, vorherige und informierte Zustimmung der betroffenen indigenen Gemeinschaften mit einem Brief an die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte gewandt.[\[24\]](#)

Auf der anderen Seite schwärmte die Regionalregierung noch am 11. Oktober 2023 im Diario Regional von den Vorteilen der Straße über den Río Napo an den Putumayo. In Gesprächen mit Repräsentanten der KfW und deutschen Naturschutzverbänden im Juni 2023 äußerten sich diese jedoch ebenfalls besorgt über die Zukunft der indigenen Gemeinschaften und des Waldes, sollte die Erschließung über die geplanten Straßen realisiert werden. Wie schnell wird das gehen? Einerseits träumten schon viele Staats- und Regionalregierungen von der Erschließung Amazoniens durch Straßen. Andererseits: Im Zeitraum zwischen unseren Reisen 2021 und 2022 – also in der Pandemie- war jedoch die Brücke über den Rio Nanay bei Iquitos, der Ausgangspunkt, bereits gebaut. Generell wurde in Iquitos an vielen Stellen emsig gebaut – viel Geld scheint also unterwegs zu sein. Und die Stimmung ist gereizt.

Elke Falley-Rothkopf

12. Nicht unsere Entwicklung!

Drei junge indigene Aktivist*innen erzählen, wie sie sich ihre Zukunft vorstellen.

Ruth Sánchez, Shipibo-Konibo, leitet die indigene Jugendorganisation ACITCJIA in Pucallpa, Ucayali. Jhakemil Kashiri ist Machigenka und Mitgründerin der indigenen Jugendorganisation AJICAM in Megantoni, in der Selva von Cusco. Und Henry López ist Asháninka und Leiter der indigenen Gemeinde Tsiriri in Satipo, Junín.

Die Infostelle Peru hatte die drei jungen Aktivist*innen eingeladen zu einer Podiumsdiskussion.

Wir wollten wissen: Was halten sie von einem Entwicklungsmodell, für das die indigenen Territorien nicht Lebensraum, sondern vor allem Ressource zum Abbau von Rohstoffen ist? Welche Zukunftsvisionen haben sie?

Zunächst berichteten die drei, welche Umweltprobleme das westliche Entwicklungsmodell in ihren Gemeinden mit sich bringt: In Satipo sind die Flüsse so verschmutzt, dass es kaum noch Fische

gibt – eine wichtige Lebensgrundlage für die Asháninka. Auch die Klimaerwärmung sei schon real. Auch in Megantoni sind Wasser, Luft und Erde verschmutzt. Hier ist es vor allem die Gasförderung, die die Umweltschäden verursacht. Ein weiteres Problem sei das große Bevölkerungswachstum durch Zuwanderung, das u.a. einen enormen Plastikkonsum nach sich zieht. In Satipo sorgt der großflächige illegale Coccaanbau für Entwaldung und Artensterben.

Jhakemil Kashiri beschrieb, dass auch die jungen Indigenen sich dem von außen kommendem Modell von „Entwicklung“ oft anpassen. Das traditionelle Wissen gehe dadurch immer mehr verloren. „Meine Großmutter konnte so viel über Heilpflanzen oder Mondphasen erzählen. Wenn Du heute einen Jugendlichen fragst, antwortet er nicht mit seinem eigenen Wissen, sondern sucht im Handy.“ So würden die indigenen Gemeinschaften neu kolonisiert, mit der modernen Technik. „Das ist ein langsamer Genozid.“ Auch durch die Einwanderung von Mestizen in die indigenen Territorien gehe die eigene Kultur und Identität verloren. Ruth Sanchez beschreibt, dass viele junge Indigene aus den Gemeinden auswandern, weil sie studieren wollen oder Arbeit suchen. Zunächst erhalten sie dabei noch ihre Identität und Sprache, erfahren aber oft Diskriminierung. Wer aber in der Stadt geboren werde, verliere seine Identität und spreche oftmals nur noch Spanisch. Henry López betont, die Asháninka seien gegen das kapitalistische Modell. Er beklagt, dass die peruanische Regierung Jugendlichen keine Perspektive biete. Das zwingt sie dazu, sich mit illegalen Geschäften z.B. im Drogenhandel Geld zu verdienen.



Jhakemil Kashiri Preatsiri, Ruth Sanchez, Henry Lopez Velazquez

Welche Visionen haben junge Indigene angesichts dieser schwierigen Situation in ihren Gemeinden?

Ruth Sanchez findet es wichtig, sich auf die Werte, die die Großeltern den Jungen vermittelt haben, rückzubesinnen. Außerdem seien die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau und ein Leben in Harmonie in den Gemeinden wichtige Werte. Und ja, dies gelinge auch. Immer mehr Frauen beteiligen sich und übernehmen entscheidende Positionen oder werden Kleinunternehmerinnen, vor allem im Kunsthandwerk. Junge Indigene werden in Projekten aktiv, die die neuen Technologien nützen. Sie machen Filme, um der Welt ihre Realität zu zeigen. Oder lernen den Umgang mit Drohnen, um ihre Territorien vor Eindringlingen zu schützen. Auch Henry López betont, dass es in den indigenen Gemeinden einen ungemeinen Reichtum gebe, den es wertzuschätzen gelte. „Wir Jungen müssen unsere eigene Zukunft zeichnen“. Aber „die Politik hört uns nicht“, sondern im Gegenteil würden junge Indigene oft diskriminiert. Für Jhakemil Kashiri geht es darum, die eigene Kultur wieder aufzuwerten. „Wir müssen groß denken und unsere eigene Kosmvision entwickeln“. Dazu brauche es mehr Bildung und mehr Räume und Möglichkeiten, in denen junge Indigene ausdrücken können, was sie denken und fühlen – so wie in dieser Veranstaltung der Infostelle Peru. Das geschehe viel zu wenig. So würden zu den wichtigen Weltklimagipfeln Jugendliche nicht eingeladen, obwohl dort über ihre Zukunft verhandelt wird.

Die Landwirtschaft könnte eine wichtige Rolle spielen, um ein gutes Leben in den Gemeinden zu erhalten. Meist würden sie ihre Produkte nur selbst konsumieren, meint Ruth Sanchez. „Wir sollten sie aber auch verkaufen.“ „Die Städter brauchen uns Landbevölkerung“, bestätigt Jhakemil Kashiri. „Aber die Landwirte verdienen nicht genug, um von ihren Produkten zu leben. Es fehlt die Wertschätzung. Wir ernähren die Menschen in den Städten.“ Henry López ergänzt, dass in seiner Gemeinde seit ca. fünf Jahren der Anbau diversifiziert und qualitativ verbessert werde. Es werden jetzt Kakao, Kaffee und Zitrusfrüchte angebaut.

Und wo engagieren sich die drei jungen Aktivist*innen konkret? Mit welchem Erfolg?

Henry López berichtet vom Einstieg junger Gemeindemitglieder in die Schokoladenproduktion. Sie sollen eine Schulung für eine qualitätsvolle Produktion und eine bessere Vermarktung erhalten. Dann gäbe es eine Alternative zu illegalen Beschäftigungen, zu denen sich viele gezwungen sehen. Doch hier fehle die Unterstützung der Regierung.

Jhakemil Kashiri erzählt, dass ihre Organisation AJICAM sich zusammengeschlossen und dafür eingesetzt hat, dass die Distriktverwaltung mehr junge Menschen aus der Gemeinde einstellt statt Personal von außen zu suchen. Das war erfolgreich, viele Junge haben Arbeit in der Verwaltung gefunden. AJICAM engagiert sich außerdem in der Umweltbildung. Die Organisation veranstaltet Workshops mit Kindern und Frauen zum Plastikrecycling. Gemeinsam stellen sie Schmuck oder Spielzeug her, veranstalten Wettbewerbe und Fortbildungen. Das Umweltbewusstsein in der Gemeinde sei dadurch schon besser geworden. Darüber hinaus bietet AJICAM eine Fortbildung für junge Indigene an, mit dem Ziel, dass diese wirtschaftlich erfolgreich arbeiten können. Dafür

werden Kurse in Management, Informatik, Grafikdesign u.a. angeboten. Für diese Arbeit sei aber Unterstützung nötig.

Auch Ruth Sánchez und ihre Organisation ACITCJIA führen Umwelt- und Weiterbildungsprojekte durch. Hier geht es um den Umgang mit Drohnen und die Überwachung der eigenen Territorien, um das Eindringen und die Zerstörung von außen zu bekämpfen. Ausgebildet wird eine Gruppe von jungen Indigenen aus verschiedenen Gemeinden, die das erworbene Wissen dann innerhalb ihrer Gemeinde weitergeben. Außerdem sendet ACITCJIA Radioprogramme in der Sprache der Shipibo-Konibo.

Und welche Erwartungen haben die jungen Aktivist*innen an uns und die Menschen in Europa?

Ruth Sanchez betont, dass der Kampf der Gemeinden um ihr Territorium und den Erhalt der Wälder nicht das Problem einer einzelnen Gemeinde sei, und auch nicht eines einzelnen Landes. Es gehe alle an. Wir in Deutschland könnten dazu beitragen, dass das mehr Menschen verstehen. Wir sollten jugendliche Stimmen in unsere Aktivitäten einbeziehen und hörbar machen. Henry López macht noch einmal auf das Problem in Satipo aufmerksam, dass Jugendliche ohne eigene Schuld in den Drogenhandel verwickelt werden, weil sie keine Alternative sehen. Junge Asháninka bräuchten deshalb vor allem angemessene Arbeitsplätze. Dazu sei ein Empowerment der jungen Aktivist*innen nötig, damit diese junge Indigene besser weiterbilden, organisieren und einbinden können. Jhakemil Kashiri erzählt als positives Beispiel, dass ihr eine europäische NGO die Teilnahme an der COP 25 in Glasgow ermöglicht habe. Wir in Europa hätten die besseren Möglichkeiten, jungen aktivistischen Stimmen Gehör zu verschaffen. Wir sollten ihnen Gelegenheit geben, ihre Situation öffentlich zu machen – nicht über Stellvertreter*innen, sondern indem sie selbst eingeladen werden.

Am Ende der Veranstaltung stand die gemeinsame Überzeugung, wie wichtig es ist, Räume zu schaffen, in denen junge Indigene sich äußern können. Ein nächster Schritt könnte die Vernetzung mit jungen Aktivist*innen in Deutschland sein. Die Infostelle Peru wird dranbleiben!

Annette Brox

13. Weniger Wasserkraft – mehr Solarenergie

Statt Wasserkraft kann Solarenergie eine Alternative als Stromquelle auf dem Land werden. Ein Besuch in einem Pilotprojekt in einem Amazonasdorf

Chamiriari ist eine kleine Dorfgemeinschaft mit 80 Familien im zentralen Regenwald Perus. Die Bewohner*innen gehören dem indigenen Volk der Asháninka an. Sie wünschten sich Licht auch abends. Denn die Nähe zum Äquator bedeutet, dass es ab 18 Uhr schlagartig dunkel wird.

Wasserkraft in der Krise

Die vorherrschende Meinung, auch der staatlichen Stellen, ist: Es gibt genug Strom aus Wasserkraft. Dieser wird aus Stauseen und durch Turbinen in Flüssen gewonnen. Aber die Situation verändert sich. Berichte nehmen zu, dass aufgrund zunehmender Trockenzeiten, auch im Amazonas- Regenwald, die vorherrschende Energie aus Wasserkraft, die per Stromleitungen auch in das Amazonasgebiet kommen soll, nicht mehr ausreicht oder zum Teil dort, wie sie vorhanden ist, öfters ausfällt. Selbst in der Provinzhauptstadt Satipo, im zentralen Regenwald, gibt es viele Stromausfälle, weil der dortige Fluss Calhuamayo im Distrikt Llaylla, wo die Anlage zur Stromgewinnung steht, wegen des Wassermangels zu wenig Wasser führt. Der Wassermangel machte sich auch bei der Ernte bemerkbar. So erreichten Kaffeebohnen nur die Größe von Weizenkörnern.

50% der Energie Perus stammt aus Wasserkraft und kommt aus über 200 der dafür gebauten Staudämme. Wo der Strom nicht mehr aus der „Steckdose“ kommt, wird er jetzt vermehrt mit Dieselaggregaten erzeugt, die extrem klimaschädlich sind. Bisher kommen nur 2.10% der gesamten Energieproduktion in Peru aus Solarenergie. Der Bau der Staudämme war für einige Firmen (z.B. Odebrecht, Brasilien) sowie für die jeweiligen Regierungverantwortlichen vielversprechend, da hohe Bestechungsgelder abfielen.

Das Versäumnis der peruanischen Regierung, nicht rechtzeitig den Fokus auf Wind- und Solarenergie zu setzen, hat Auswirkungen. Die Strompreise haben sich um 8.5% erhöht.

China dominiert den peruanischen Strommarkt

Die Reaktionen der Stromunternehmen sind unterschiedlich: Das chinesische Energieunternehmen China Yangtze Power, Luz del Sur, will aktuell nicht groß ins Energiegeschäft einsteigen, die Situation in Peru sei zu chaotisch und nicht krisenfest. (1) Das italienische Unternehmen ENEL zog sich deshalb auch aus Peru zurück. Es hat seine Anteile an die chinesische Firma China Southern Power Grad International, (CSGU), verkauft. Damit erreichen chinesische Firmen einen Anteil von ca. 70% an der Stromgewinnung Perus. (2)

Als Proteste gegen fehlenden Strom im zentralen Regenwald bekannt wurden, kam es in sozialen Netzen zu Kommentaren wie: Strom, Licht in der Nacht, das passt doch nicht in die indigene Kultur, das macht deren Kultur doch kaputt. Und andere: Hätten sie damals nicht den Bau des Staudamms Pakitzapango im zentralen Regenwald. verhindert, hätten sie jetzt genug Strom. Kommentare, die zeigen, wie wenig Kenntnisse es über die Bevölkerung des Regenwaldes in Peru gibt. Als ob indigene Dorfgemeinschaften in einer Art Museum leben würden. Zudem wäre der Strom des genannten Staudamms zu 100% durch den Regenwald nach Brasilien geliefert worden, für die dortige Aluminiumproduktion. (3)



Solarpanel im peruanischen Regenwald ©MEM

Ein Dorf möchte elektrisches Licht

Zurück zum Dorf Chamiriari und ihrem Wunsch nach elektrischem Licht. Die Bewohner:innen hatten Kontakt zur kleinen lokalen Asháninka-Nichtregierungsorganisation IMPERITA. Es gab Gespräche, über die Unterschiede von Dieselmotoren und Solarenergie. Speziell mit den Frauen wurde abgeklärt, wohin dann die Lichtquellen leuchten sollen, nämlich zu den Feuerstellen, die nicht im Haus sind. In der Dorfversammlung wurde, ganz im Sinne der sogenannten Vorab-Konsultation (ILO 169) über das ganze Vorhaben abgestimmt. Das bedeutete für Imperita einige Fahrten über schlechte Pisten und einer Fahrzeit von 6-8 Stunden pro Weg.

Dabei ist die Diskussion um einen umweltfreundlichen Zugang zur Energie, speziell zur Beleuchtung in der langen dunklen Nacht, nicht neu. Übliche Lichtquellen sind Holzfeuer, die stinkenden Petroleumlampen, Kerzen oder auch Taschenlampen mit Batterien oder Dieselaggregate. Alles klimaschädlich. BesucherInnen wurden sich der Situation besonders bewusst, wenn sie in der dunklen Nacht aufs Örtchen mussten. Und Aspekte der Beleuchtung wie auch der Nutzung von solarbetriebenen Batterien z.B. zur Trocknung von Obst und anderen Produkten wurden seit Jahren immer wieder von Delegierten der Asháninka bei ihren Besuchen in Deutschland angesprochen. Da der Gebrauch von Handys (bei fehlenden Telefonanschlüssen) ständig zunahm, wurde die Möglichkeit immer wichtiger, das Handy aufzuladen, ohne dafür zu Aufladestationen in die nächste Stadt fahren zu müssen.

Öffentlicher Strom mittels Stromleitungen waren und sind anfällig. Außerdem bringt er Konflikte ins Dorf, wenn es nur einen gemeinsamen Stromzähler im Dorf gibt.

Wie einigt man sich, wer wie viel verbraucht hat? Wenn sich die DorfbewohnerInnen nicht einigen, wird die Rechnung nicht bezahlt und der Strom für die ganze Dorfgemeinschaft abgestellt. Vor einigen Jahren waren Solarpaneele oder Solartaschenlampen teuer und die aus China waren von schlechter Qualität. Das hat sich grundlegend geändert. Deshalb ist der Zeitpunkt für klimafreundliche Solarenergie gut, auch für den amazonischen Regenwald Perus.

Das Team von Imperita war, nach den Vorbereitungsgesprächen überzeugt, dass das Vorhaben „Solarenergie zur Verbesserung der Lebensbedingungen“ ein gutes Pilotprojekt in ihrer Region werden konnte. Sie stellten eine konkrete, ausgearbeitete Anfrage an den Arbeitskreis für Gerechte Entwicklung in Schorndorf (bei Stuttgart) und dieser leitete die Anfrage an die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) weiter. Nachdem von dieser die finanzielle Zusage vorlag und der Zuschuss überwiesen war, standen zusammen mit dem Eigenanteil des Arbeitskreises 15.935 € zur Verfügung. Das war für das Dorf Chamiriari ein Riesenprojekt und quasi ein Übertritt von der fossilen Energie in die Solarenergie.

Im Juni 2023 begann das Pilotprojekt.

Pilotprojekt: Solarenergie für das Dorf

Die Dorfgemeinschaft hatte die notwendigen und zugesagten 80 Baumpfosten aus ihrem Wald geschlagen, auf sechs Meter gekürzt, und die Löcher dafür ausgehoben. Imperita hatte, wie versprochen, die Geräte in der Hauptstadt Lima gekauft (mit einer Garantieleistung von fünf Jahren) und dafür gesorgt, dass diese 80 „Pakete“ inkl. 15 Sack Zement für die Standfestigkeit der Lichtmasten angeliefert wurden. Imperita machte eine Gesamtschulung zur Befestigung der LED-Lampen und schulte alle 80 Familien im Gebrauch der neuen Lichtquelle: An-aus – stark – schwach. Bei dieser Schulung mussten vor allem die jüngeren Frauen und Kinder mitmachen, da sie ja am meisten damit zu tun haben werden. Als Abschluss wurde die Probe gemacht, alles funktionierte zu 100%.

Die Familien waren erleichtert über den Erfolg des Projektes. „Jetzt müssen wir nicht mehr mit den Hühnern ins Bett gehen, unsere Kinder können jetzt, wenn es kühler ist, ihre Hausaufgaben machen, jetzt können wir Kinder draußen länger spielen, jetzt fühlen wir uns Frauen sicherer, wenn wir abends rausgehen“. Zudem können die Frauen vor Sonnenaufgang um 3 Uhr in der Früh aufstehen und das Frühstück für die Männer machen, das sie für ihre schwere Arbeit im Wald brauchen. Sie freuen sich alle, die frische Luft am Morgen jetzt ausnützen und der Tageshitze etwas entkommen zu können. Das peruanische Wetteramt warnte im August 2023 vor großer Hitze, bis 35 Grad und sehr starke Strahlenbelastung. „Normal“ sind bis ca. 25 Grad. Auch das ist Klimawandel konkret.

Mit 175 Euro bekommt eine Familie Solarstrom

Die Ausgaben für 80 LED-Solarlampensystem inkl. Solar-Taschenlampen inkl. Fahrtkosten, Koordinierungskosten etc. beliefen sich auf ca. 14.000 € = ca. 175 € pro Familie. Die Stromversorgung durch Electrocentro via Stromleitung hätte mindestens 50-60 € pro Jahr gekostet. Innerhalb von fünf Jahren- solange haben die Solarlampen eine Garantie – wären das mindestens 250 – 300 €. So würde sich dann sogar der Kauf einer neuen Solar-Lichtanlage für die Menschen in Chamiriari lohnen.

Einen Monat nach Gelingen des Projektes, hat der Erfolg Aufsehen bei den Nachbar-Dorfgemeinschaften erregt und den Wunsch nach einer Beleuchtung ohne stinkende Dieselmotoren erweckt.

PS: Die Europäische Union will in den nächsten vier Jahren 45 Milliarden Euro in Lateinamerika und der Karibik ausgeben – für die europäische Energietransformation, innerhalb der Initiative Global Gateway. Das ist auch eine Antwort auf den großen Einfluss Chinas im Energiebereich. Die mit diesem Geld geplanten Projekte betreffen die Erzeugung von Lithium, grüner Energie und nicht fossiler Energie (Wind und Sonne). Sie sollen zum Teil die energetische Abhängigkeit, auch von China, verringern. Kleinere lokale Projekte sind dabei nicht vorgesehen. (4)

Heinz Schulze

(1) *Dialogo Chino*, 12.5.2023, Lima.

(2) *Saly Jobiel*, *Diálogo Chino*. [net/es/articulo/65-475](https://www.dialogochino.net/es/articulo/65-475). 11.5.2023.

(3) *Die erfolgreiche Kampagne der dortigen indigenen Organisation CARE zur Verhinderung des Staudammbaus Pakizapango wurde auch aus Spenden vom Arbeitskreis München-Asháninka unterstützt.*

(4) *La UE estrecha lazos con América Latina en su transición energética*, *Dialogo China*, August 2023).

14. ISP-News Oktober 2023

Neues aus dem Büro und den Gruppen der Infostelle

Protest: Präsidentin Boluarte zu Besuch in Deutschland

Die peruanische Präsidentin Dina Boluarte war zu Besuch in Deutschland. Am 12. Oktober war sie Ehrengast bei einem Galadiner auf dem Lateinamerika-Tag des Lateinamerika Vereins unter Schirmherrschaft des baden-württembergischen Ministerpräsidenten. Auch Stuttgarts Oberbürgermeister hat sie empfangen. Am folgenden Tag war die Präsidentin in Berlin zu Gast bei Bundespräsident Steinmeier.

Die Infostelle hat angesichts der düsteren Menschenrechtsslage in [Offenen Briefen](#) dagegen protestiert, dass der Präsidentin in Deutschland eine Bühne geboten wird. An den Protestaktionen in Stuttgart und Berlin haben sich Mitglieder der Infostelle aktiv beteiligt.

Postkarten aus Peru für ein starkes europäisches Lieferkettengesetz

Der Entwurf für ein europäisches Lieferkettengesetz befindet sich gerade in der finalen Verhandlungsphase. Dabei spielt auch die Bunderegierung eine wichtige Rolle. Um an die Politiker*innen in Deutschland zu appellieren, hat die Initiative Lieferkettengesetz eine Postkartenaktion an die Bundestagsabgeordneten gestartet.

Nun haben die Abgeordneten auch Post aus Peru bekommen. 36 Mitglieder von zivilgesellschaftlichen Organisationen, mit denen die Infostelle Peru zusammenarbeitet, haben ihre Gründe für ein wirksames europäisches Lieferkettengesetz aufgeschrieben. Wir haben die [Postkarten an die Bundestagsabgeordneten](#) weitergeleitet.

EU-Lieferkettengesetz: Mailaktion an Bundeskanzler Olaf Scholz

Da die Verhandlungen zum Lieferkettengesetz jetzt in der entscheidenden Phase sind, ruft die Initiative Lieferkettengesetz zu einer Mail-Aktion an Bundeskanzler Olaf Scholz auf. Also: [Hier klicken](#) und eine Mail an den Bundeskanzler schicken!

Glückwunsch: APRODEH feiert seinen 40. Geburtstag

Die Menschenrechtsorganisation APRODEH (Asociación Pro Derechos Humanos) ist 40 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass hat die Infostelle herzliche Glückwünsche übermittelt und sich für ihren unermüdlichen Einsatz für die Menschenrechte in Peru bedankt.

Peru-Reise

Die Geschäftsführerin Annette Brox war im September drei Wochen in Peru unterwegs. Berichte über ihren Besuch in der Provinz La Convención im Rahmen der Klimapartnerschaft mit Freiburg und über ihre Erkenntnisse aus den Gesprächen mit unseren Partnerorganisationen können Sie in diesem InfoPeru lesen.

15. Hinweise und Ankündigungen Oktober 2023

Ein Online-Seminar zur wirtschaftlichen Situation, ein Brief an den Bundeskanzler und vieles mehr....

Ankündigung

Wirtschaftliche Erholung oder Pleite? Perus Ökonomie und die sozialen Folgen

Online auf Zoom

Mittwoch, 8. November 2023, 19 Uhr

Die bereits von den Folgen des Klimawandels hart getroffenen Länder des Globalen Südens litten und leiden auch durch die wirtschaftlichen Verluste aufgrund der Corona-Pandemie und durch die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine.

Das gilt auch für Peru: Durch die Maßnahmen gegen die Pandemie ging die Wirtschaft zurück, 2020 um 11,1% auf die niedrigste Rate in den letzten drei Jahrzehnten. 3,5 Millionen Arbeitsplätze gingen verloren, der Anteil der informellen Arbeit, vor der Pandemie bei 70%, erhöhte sich weiter. Die Armutsrate ist gestiegen. Seit Beginn des Ukraine-Krieges hat sich die Ernährungskrise verschärft, u.a. durch den Mangel an Düngemitteln.

Wie ist die Lage heute: Konnte sich das Land inzwischen wirtschaftlich erholen? Falls ja: Wer hat von der Erholung profitiert und an wem ging sie vorbei?

Im Gespräch mit zwei Wirtschaftsexperten beschäftigen wir uns mit den wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen der verschiedenen Krisen für die peruanische Bevölkerung.

Mit

German Alarco, Wirtschaftsprofessor an der Universidad del Pacífico, Lima

Giancarlo Castiglione, Wirtschaftsexperte, Dozent

Moderation: Jimi Merk, Infostelle Peru

Nähere Infos und Anmeldung [hier](#).

Hinweise

EU-Lieferkettengesetz: Mailaktion an Bundeskanzler Olaf Scholz

Da die Verhandlungen zum Lieferkettengesetz jetzt in der entscheidenden Phase sind und die Bundesregierung dabei eine wichtige Rolle spielt, ruft die Initiative Lieferkettengesetz zu einer Mail-Aktion an Bundeskanzler Olaf Scholz auf. Also: [Hier klicken](#) und eine Mail an den Bundeskanzler schicken!

Umwelt- und Klimadiskurs in Afrika, Lateinamerika und Europa

Veranstaltung in spanischer, englischer und französischer Sprache

10. + 11. November 2023, 00 – 19.00 Uhr, online

In dem Workshop präsentieren Wissenschaftler*innen ihre Arbeiten über die Umwelt- und Klimadebatten in Lateinamerika und Afrika. Programm und nähere Informationen: <https://www.romanistik.uni-hannover.de/de/climate-discourse>

Veranstalter: Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover

Publikation: Die Kunst und die Biodiversität Amazoniens

Die Organisation Kené – Instituto de Estudios Forestales y Ambientales (Institut für Forst- und Wirtschaftsstudien) hat ein Buch mit dem Titel „Biodiversidad amazónica: reflexiones desde el arte“ (Die Biodiversität Amazonien – Reflexionen aus künstlerischer Sicht) herausgegeben, das jetzt auch online zum Download verfügbar ist. Nähere Informationen [hier](#).

Yaguas: Nationalpark der Zukunft

In der [Arte-Mediathek](#) gibt es einen interessanten Beitrag über den Nationalpark Yaguas in Loreto. Der Beitrag ist noch bis 21.11.23 verfügbar.

Klimaklage Peruanischer Bauer gegen RWE: Neue Arte-Reportage

Ebenfalls auf [Arte](#) gibt es eine neue Reportage (vom 25.8.2023) über die Klage des peruanischen Saúl Luciano Lliuya, der den deutschen Energieriesen RWE wegen dessen Ausstoß von klimaschädlichem CO2 verklagt hat.

Impressum

Sie können den Newsletter bestellen über die Webseite der Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an newsletter@infostelle-peru.de

Redaktion: Hildegard Willer, Heinz Schulze, Annette Brox

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt und von Caritas international.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Caritas international, vom Referat Weltkirche der Erzdiözese Freiburg, von der Christlichen Arbeiterjugend Freiburg sowie von zahlreichen Mitgliedern und Spender*innen.